

Tätigkeitsbericht:

**Auswahl an Veranstaltungen und Veröffentlichungen des Jüdischen
Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA)**

2015

Inhaltsverzeichnis

Vorwort von Lala Süsskind, Vorsitzende des JFDA e.V.....	4
1. Aufgaben des JFDA.....	6
2. Veranstaltungen und Kooperationen im Rahmen der Antisemitismusbekämpfung und Förderung des Demokratischen Staatswesens.....	7
Mahnwache: „Zusammen stehen Gesicht zeigen“.....	7
„Für Menschenrechte – Gegen religiösen Fanatismus!“ - Mahnwache vor dem Brandenburger Tor..	7
Ausstellungseröffnung und Podiumsdiskussion im Gottfried-Keller-Gymnasium.....	8
Ausstellungseröffnung und Podiumsdiskussion in der Schule an der Haveldüne.....	8
Aufruf zur Kundgebung: Gegen den antisemitischen Al Quds-Marsch in Berlin – Für Solidarität mit Israel und Freiheit im Iran!.....	9
Kundgebung in Berlin: „Terror und Hass entgegnetreten – Berlin für Israel“.....	11
Solidarität mit Israel – Kundgebung gegen antisemitischen Terror.....	12
Ausstellungseröffnung an der Johann-Pogge-Schule in Lalendorf.....	14
Ausstellungseröffnung an der Ostseeschule Wismar.....	14
3. Projekt „Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen!“.....	17
Ausgangslage.....	17
Der Themenkomplex Vorurteile / Antisemitismus und seine konstruktive Behandlung im schulischen Kontext.....	17
Ablauf des Modellprojekts.....	18
Ergebnisse.....	19
Öffentlichkeitsarbeit.....	19
4. Pressemitteilungen.....	21
Terroranschlag auf Presse- und Meinungsfreiheit.....	21
Islamistische Terroranschläge in Frankreich: Ein neues Bedrohungsszenario für Europa.....	21
Antisemitische Vorfälle bei LEGIDA-Demonstration.....	23
5. Meldungen.....	25
Rede des Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Abraham Lehrer, bei der Kundgebung „Zusammen stehen – Gesicht zeigen“.....	25
„Lügenpresse auf die Fresse“ (Meinungsartikel).....	25
Jüdisches Forum wird Mitglied im „Berliner Toleranzbündnis“ (BTB).....	27
Lala Süsskind erhält Auszeichnung als Botschafterin für Demokratie und Toleranz 2015.....	28
Gratulation: TeBe ist Fußballmeister der Berlin-Liga.....	28
„Tod Amerika, Tod Israel, verdammt seien die Juden und Sieg dem Islam“ - Strafanzeige wegen Volksverhetzung von Lala Süsskind (JFDA).....	28
Abendspaziergang mit BärGida.....	29
Maccabi-Games: Gedenkfeier auf dem Maifeld.....	30
Ein Feuerwerk der jüdischen Kultur – Maccabi Chai.....	31
Ausstellung am Hauptbahnhof: Zwischen Erfolg und Verfolgung.....	33
Das „Pack“ und seine Sympathisanten (Meinungsartikel).....	33
Sieben Jahre Berliner Kinderdenkmal am U-Bahnhof Friedrichstraße.....	35
Morddrohung gegen Journalisten auf BÄRGIDA-Demo.....	36
Buchvorstellung: Jüdisches Selbstverständnis nach der Shoa und der Staatgründung Israels.....	36
JFDA e.V. stellt neue Studie zum antisemitischen Djihaad vor.....	39
„Der siebte Palästinenser in nur 24 Stunden erschossen.“.....	40
Xavier Naidoo als neuer Eurovision Contest Star?.....	41
5 Punkte für eine erfolgreiche Integration der syrischen Geflüchteten.....	42
Polizei nimmt „Reichsbürger“-Aktivist nach Gewaltaufruf fest.....	44
Das Jüdische Forum begrüßt ein NPD-Verbot.....	45
BärGida-Kundgebung: Visionen von Diktatur und Hinrichtung?.....	45
„Intifada 3“ in Berlin – Beifall und Gegenprotest.....	46

Vorwort von Lala Süsskind, Vorsitzende des JFDA e.V.

Verehrte Leserinnen und Leser,
liebe Freundinnen und Freunde,

wir als Jüdisches Forum haben nicht nur ein ereignisreiches, sondern auch ein bisweilen zutiefst erschreckendes Jahr 2015 hinter uns gelassen.

Die aktuelle Situation, in der viele Menschen, vor allem aus Syrien, einen beschwerlichen Weg durch Europa auf sich nehmen, um vor Krieg und Elend zu fliehen, stellt uns alle vor eine große Herausforderung. Menschen mit unterschiedlichen kulturellen, religiösen, sprachlichen und letztlich auch persönlichen Backrounds, die nicht selten von Traumatisierung betroffen sind, sollen ihren Platz in unserer Gesellschaft finden. Die Stimmung diesbezüglich war im vergangenen Jahr sehr ambivalent. Einerseits fanden sich viele engagierte Bürger/innen an, um Flüchtlingshilfe zu leisten, andererseits verzeichnete Deutschland eine extreme Zunahme fremdenfeindlicher Gewalt. Das Jahr 2015 bezeichnet, unseren Beobachtungen zufolge, einen dramatischen Höhepunkt rassistischer und antisemitischer Gewaltexzesse, die nicht abzuflauen, sondern rapide weiter zu steigen scheinen. In vielen Städten wurden Bündnisse gebildet, die sich explizit fremdenfeindlich positioniert hatten. Das prominenteste dieser Bündnisse marschierte in Dresden unter dem Akronym „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida). Rechtspopulistische Bewegungen, wie Pegida und ihre regionalen Ableger (Legida, Pogida, Bārgida...), haben den ideologischen Boden für diverse Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gelegt und instrumentalisieren den Flüchtlingsdiskurs für ihre rassistische Agenda.

Das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) e.V. bündelt durch tägliches Monitoring Berichte über rassistische, rechtsextreme, antisemitische und homophobe Angriffe. Dort ist zu beobachten, dass sowohl der alltägliche und spontan geäußerte Rassismus exponentiell angestiegen ist als auch, dass Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, Helfer/innen in Flüchtlingseinrichtungen und Redaktions- und Parteibüros engagierter Journalist/innen bzw. Politiker/innen drastisch zugenommen haben.

Die Aggressivität gegen Journalist/innen bekamen auch Mitglieder des Jüdischen Forums zu spüren. So wurde beispielsweise einer unserer Mitarbeiter im März 2015 von HoGeSa-Anhänger/innen („Hooligans gegen Salafisten“) am Rande einer BÄRGIDA-Demonstration tödlich angegriffen. Bereits damals warnte das JFDA in einem Artikel vom 17. März vor einem Erstarken der rechtsextremen Szene durch einen Rechtsruck der Mitte der Gesellschaft, wofür die PEGIDA-Demonstrationen ein Anzeichen war.

Ein tiefe Tragödie, die Europa in diesem Jahr erfuhr, waren die vom Islamischen Staat verübten Anschläge in Paris. Im Januar 2015 griffen islamistische Terroristen das französische Satiremagazin „Charlie Hebdo“, einen koscheren Supermarkt und eine Polizistin auf offener Straße in Paris an und ermordeten insgesamt 17 Menschen. Wie zu befürchten war, sollten die Attentate nicht die letzten in Europa bleiben. Im Juni 2015 bezeichnete der Terrorismusexperte Berndt Georg Thamm den Anschlag in der Studie „Terroranschläge in Paris. Gegen Juden und „Kreuzfahrer“ – Der antisemitische Djiḥad als „Holy War“ - für das Jüdische Forum, als „Vorboten eines Tsunami“. Diese Befürchtung hat sich mit den erneuten Pariser Terroranschlägen am 13. November 2015 bestätigt: Die gezielten Angriffe auf das gesellschaftliche Leben – auf Cafés, ein Fußballstadion und einen Club – haben gezeigt, dass jeder von uns zur Zielscheibe der Islamisten werden kann. Es handelt sich hierbei um die perfide Strategie individueller Terrorattacken, die in den Alltag getragen werden, um Angst und Schrecken unter der Bevölkerung zu verbreiten.

Obwohl wir alle gefährdet sind, zeigten diese furchtbaren Akte des Terrors doch auch, dass Jüdinnen und Juden nach wie vor zu den besonders bedrohten Menschen gehören. Auf dieser

traurigen Erkenntnis basiert unsere Arbeit und wird durch unsere Beobachtungen und Erfahrungen bedauerlicherweise permanent bestätigt.

Umso erfreulicher jedoch, dass das Jüdische Forum 2015 sein Modellprojekt im Rahmen des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“ starten konnte. Unter dem Motto „Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen“ wenden wir uns mit einem interreligiös zusammengesetzten Projektteam an Schulen in Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, um dort mit den Schüler/innen ab der 9. Klassen ins Gespräch zu kommen. In [Workshops](#) vermitteln wir Grundlagen für einen reflektierten Umgang mit Vorurteilen und dem Phänomen Antisemitismus und regen methodisch vielfältig zum Erkennen und Abbauen von antisemitischen Ressentiments an. Eine große Hilfe bei der Vermittlung aktueller Erscheinungsformen des Antisemitismus ist das von unserem journalistischen Mitarbeiter gesammelte audiovisuelle Material, das er auf diversen Kundgebungen und Demonstrationen in Deutschland erhoben hat. Als Abschluss der Lernwerkstätten verarbeiten die Schüler/innen das Erlernte künstlerisch in Form von Plakaten, die zu Postern ausgestaltet werden. Diese stellen die Schüler/innen anschließend, eingebettet in eine Diskussionsveranstaltung, aus, um ihr Wissen an andere weiterzugeben.

Wir sind froh, dass unser Wirkradius sich stetig vergrößert und unser Verein, sowohl an Mitgliedern als auch an Mitarbeitenden, wächst. Gerne stellen wir Ihnen daher ausführlich unsere Aktivitäten des vergangenen Jahres vor und sind dankbar für Anregungen und Kritik.

1. Aufgaben des JFDA

Am 30. April 2008 wurde das von Lala Süsskind und Levi Salomon initiierte Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) mit der Unterstützung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin gegründet. Seit 2012 ist das Forum als Verein tätig. Zweck des JFDA sind die Stärkung des demokratischen Staatswesens durch politische Bildung, Förderung von Kunst und Kultur, Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte, sowie die Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten und des Völkerverständigungsgedankens. Hierzu gehört der Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus, sowie die Förderung des interkulturellen und interreligiösen Austauschs. Das JFDA unterstützt daher demokratische Institutionen und die Zusammenarbeit aller zivilgesellschaftlichen Akteure zum Schutz der Menschenrechte und des Grundgesetzes.

Antisemitismus wird als Hass gegen Juden verstanden, der sich sowohl verbal, als auch durch Gewalt manifestieren kann. Antisemitismus kann sich auch als Antizionismus ausdrücken. Hierbei wird an Stelle der „Juden“ die zionistische Bewegung – nämlich das Recht der Juden auf einen Staat – angegriffen und/ oder in Frage gestellt. Ebenso wird berechnete Kritik an diesem demokratischen Staat genutzt, um durch überzogene und einseitige Stellungnahme den Staat Israel zu diffamieren und zu delegitimieren (in Anlehnung an die Working Definition of Antisemitism der OSZE).

Das JFDA verfolgt seine Ziele durch Bildungs-, Öffentlichkeits- und Kulturarbeit, wie die Organisation von Vortragsreihen und Konferenzen, die Herausgabe von Resolutionen und Publikationen, sowie das Erstellen von Dokumentationen. Außerdem führt es ein unabhängiges Monitoring durch und erfasst und bewertet antisemitische Vorfälle und Tendenzen, sowie andere gegen das Grundgesetz und die Menschenrechte gerichtete Vorkommnisse. Damit sollen die Öffentlichkeit sowie staatliche Institutionen auf Probleme informiert und für Gegenmaßnahmen gewonnen werden.

2. Veranstaltungen und Kooperationen im Rahmen der Antisemitismusbekämpfung und Förderung des Demokratischen Staatswesens

Mahnwache: „Zusammen stehen Gesicht zeigen“

13.01.2015

Aufruf der Muslime aus Verbänden, Zivilgesellschaft und Politik zur Mahnwache für ein „Weltoffenes und tolerantes Deutschland und für Meinungs- und Religionsfreiheit“ am Pariser Platz (Brandenburger Tor) am 13.01.2015 um 18.00 Uhr!

Wir Muslime in Deutschland verurteilen die niederträchtigen Terroranschläge in Frankreich auf das Schärfste. Wir wollen unsere Solidarität mit dem französischen Volk zum Ausdruck bringen. Wir trauern mit Euch und den Familien der Opfer!

Es gibt keine Rechtfertigung für solche Taten. Dies ist ein feindlicher und menschenverachtender Akt gegen unsere freie Gesellschaft. Durch diese Tat wurde nicht unser Prophet gerächt, sondern unser Glaube wurde verraten und unsere muslimischen Prinzipien in den Schmutz gezogen.

Mit unserer Mahnwache am Pariser Platz (Brandenburger Tor) am Dienstag, den 13.01.2015 um 18.00 Uhr wollen wir ein Zeichen des Friedens und der Toleranz setzen, gegen Hass und Gewalt und für ein weltoffenes Deutschland, welches die Meinungs- und Religionsfreiheit achtet und schützt.

Wir werden es nicht zulassen, dass unsere Gesellschaft von Extremisten, die nur das Ziel haben, Hass und Zwietracht zu stiften, auseinandergerissen wird. Wer jetzt noch rassistische und islamfeindliche Parolen ausgibt, stärkt die Scharfmacher, Brandstifter und Terroristen. Dagegen müssen wir als Nichtmuslime und Muslime stärker als bisher und gerade in diesen Zeiten in der Mitte der Gesellschaft für die Demokratie zusammenstehen und Gesicht zeigen.

Veranstalter: ZMD, TGB

Unterstützer: CDU/CSU, SPD, Bündnis90/DieGrünen, LINKE, FDP, DBK, ZdJ, EKD, JFDA

„Für Menschenrechte – Gegen religiösen Fanatismus!“ - Mahnwache vor dem Brandenburger Tor

10.02.2015

Wir wollen leben, nicht Leben nehmen. Wir, Seyran Ates und Lala Süsskind, gehören unterschiedlichen Glaubensrichtungen an und wollen mit einer Mahnwache am 10. Februar 2015 um 18 Uhr vor dem Brandenburger Tor an das Lebensrecht aller Menschen auf dieser Welt erinnern – unabhängig von ihrer Religion oder Weltanschauung. Wir stehen gemeinsam am Brandenburger Tor, um für ein respektvolles Zusammenleben zu werben.

Jeder Mensch hat das Recht seine Religion und Weltanschauung frei zu wählen und auszuüben. Wir dürfen aber nicht ignorieren, dass dieses Recht anderswo nicht respektiert wird und Religion für Feinde der Freiheit Mittel zum Zweck ist. Intoleranz gegenüber Andersdenkenden und territoriale Ansprüche will man durch „Religionskriege“ legitimieren. Wir sind entsetzt, empört und wütend, dass Menschen andere Menschen bestialisch im Namen Gottes ermorden und versklaven.

Dieser Wahnsinn muss aufhören!

Jeder Mensch auf der Welt sollte seine Persönlichkeit frei entfalten können, ohne Repressalien staatlicher oder nichtstaatlicher Gruppen fürchten zu müssen.

Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Christenfeindlichkeit und Menschenfeindlichkeit muss von allen Demokraten und Vertretern aller Religionen mit allen Mitteln bekämpft werden. Die Freiheit muss Tag für Tag gegen ihre Feinde verteidigt werden, sei es nun hier oder anderswo.

Wir wollen und können es nicht mehr hinnehmen, dass Juden, Muslime, Christen, Menschen mit anderer religiöser Orientierung oder Atheisten sterben müssen, nur weil sie Juden, Muslime, Christen, Menschen mit anderer religiöser Orientierung oder Atheisten sind.

Jeder kann etwas tun: Setzt dem Irrsinn Menschlichkeit entgegen!

Kein Morden im Namen Gottes, Gott will das nicht!

Ausstellungseröffnung und Podiumsdiskussion im Gottfried-Keller-Gymnasium

23.06.2015

Das Gottfried-Keller-Gymnasium und das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. freuen sich, die Eröffnung der Ausstellung "Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen" bekannt zu geben. Umrahmt wird die Ausstellungseröffnung von einer Podiumsdiskussion zum Thema Vorurteile und Antisemitismus.

Podiumsteilnehmer/innen:

- Prof. Dr. Georg Lohmann, Philosoph
- Veit Siegmund, Lehrer am Gottfried-Keller-Gymnasium in Berlin-Charlottenburg und pädagogischer Begleiter des Workshops (Moderation)
- Levi Salomon, Projektleiter JFDA e.V.
- Schüler*in N.N.
- Schüler*in N.N.

Die Ausstellung ist im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ entstanden. In drei Doppelstunden widmete sich das Projekt Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Besonders stand bei diesem Workshop die Reflexion über eigene Vorurteile, über allgemeine Ressentiments und das Verstehen des Phänomens Antisemitismus im Vordergrund. Die Schülerinnen und Schüler diskutierten darüber, wie sie in ihrem Alltag Ablehnung, Ausgrenzung und Gewalt entgegenwirken können. Ein Anliegen des Projekts war es, antisemitischen Ressentiments auf den Grund zu gehen. Anhand von historischen wie auch aktuellen Erscheinungsformen von Antisemitismus waren die Schülerinnen und Schüler fähig, den Unterschied zwischen Vorurteil und Ressentiment, zwischen Rassismus und Antisemitismus herauszuarbeiten. Die in der künstlerischen Auseinandersetzung mit diesen Themen entstandenen Plakate spiegeln diese Erkenntnisse eindrucksvoll wider.

In der Podiumsdiskussion wird das Thema "Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen" vertieft. Danach besteht Gelegenheit, sich die Schülersausstellung bei Getränken und Snacks anzuschauen und ins Gespräch zu kommen.

Beginn: 11 Uhr in der Aula des Gottfried-Keller-Gymnasiums

Ausstellungseröffnung und Podiumsdiskussion in der Schule an der Haveldüne

29.06.2015

Die Schule an der Haveldüne und das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. freuen sich, die Eröffnung der Ausstellung “Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen” bekannt zu geben. Umrahmt wird die Ausstellungseröffnung von einer Podiumsdiskussion zum Thema Vorurteile und Antisemitismus.

Grußwort:

- Markus Prill, Schulleiter der Schule an der Haveldüne

Podiumsteilnehmer/innen:

- Peter-Michael Utasch, Pfarrer i. R.
- Ilker Duyan, Vorstandssprecher Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg
- Gisela Gunkel, Lehrerin an der Schule an der Haveldüne in Spandau und pädagogische Begleiterin des Workshops (Moderation)
- Levi Salomon, Projektleiter JFDA e.V.
- Schüler*in N.N.
- Schüler*in N.N.

Die Ausstellung ist im Rahmen des Bundesprogramms “Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit” entstanden. In drei Doppelstunden widmete sich das Projekt Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Schülerinnen und Schüler der 9. Klassenstufe befassten sich intensiv mit Vorurteilen im Allgemeinen und dem Phänomen Antisemitismus im Besonderen. Dabei wurden Wurzeln, Funktionen und Erscheinungsformen antisemitischer Ressentiments genauer untersucht. Am Ende setzten sich die Jugendlichen künstlerisch mit den Themen Vorurteile und Ressentiments, Rassismus und Antisemitismus auseinander. Die Ergebnisse dieses Schulworkshops werden in Form einer Ausstellung hier präsentiert.

In der Podiumsdiskussion wird das Thema “Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen” vertieft. Danach besteht Gelegenheit, sich bei Getränken und Snacks die Schülerausstellung anzuschauen und ins Gespräch zu kommen.

Beginn: 14 Uhr in der Aula der Schule an der Haveldüne

Aufruf zur Kundgebung: Gegen den antisemitischen Al Quds-Marsch in Berlin – Für Solidarität mit Israel und Freiheit im Iran!

11.07.2015

Auftaktkundgebung: 13:30 Uhr Wittenbergplatz.

Abschlusskundgebung: 15:00 Uhr Breitscheidplatz.

Wir treten ein für Solidarität mit Israel, der iranischen Freiheitsbewegung und mit allen demokratischen Kräften im Nahen Osten.

Wir stellen uns gegen die Menschenrechtsverletzungen in der Islamischen Republik Iran und gegen jede Form von antisemitischer, islamistischer und homophober Propaganda.

Gegen den antisemitischen Al Quds-Marsch in Berlin – Für Solidarität mit Israel und Freiheit im Iran!

Seit 36 Jahren zeigt das iranische Regime am sogenannten „Al Quds (Jerusalem-)Tag“ der Welt sein wahres Gesicht. Khomeini führte den Tag kurz nach der Islamischen Revolution im Iran 1979 als globalen Kampftag zur Vernichtung Israels ein. An diesem zentralen Ziel des iranischen Regimes hat sich seitdem nichts geändert.

Auch in Deutschland marschieren die Anhänger des Regimes seit Jahrzehnten am Al Quds-Tag auf. An diesem Datum vereint das iranische Regime seine unterschiedlichen Bündnispartner: neben Islamisten auch neonazistische Antisemiten und linke Antiimperialisten. Sie alle eint der Hass auf den jüdischen Staat und die individuelle Freiheit. Im letzten Sommer war der Al Quds-Tag in Berlin ein wichtiger Fokus der antisemitischen Aufmärsche anlässlich des Gazakriegs.

Der Antisemitismus ist ein zentrales Leitmotiv des Regimes. Die Islamische Republik bezeichnet ihre Gegner im In- und Ausland als „zionistische Agenten“ und führt ihre Expansion unter dem Motto der „Befreiung“ Jerusalems. Sie unterhält die „Quds-Brigaden“, die im Namen des Antizionismus weltweit blutige Terroranschläge verüben. Die terroristische Kooperation der Teheraner Herrscher mit dem syrischen Diktator Assad und der vom Iran geschaffenen libanesischen Terrormiliz Hisbollah firmiert als „Achse des Widerstands“ – gegen Israel. Für Khamenei und seine Anhänger gibt es keine konfessionellen oder politischen Grenzen, solange man sich im Ziel der Vernichtung des jüdischen Staates einig ist.

Das iranische Gewaltregime setzt die Unterdrückungs- und Verfolgungspolitik gegen die eigene Bevölkerung ungebrochen fort: Andersdenkende, Andersgläubige, Frauen, Homosexuelle und ethnische Minderheiten, etwa die Kurden, werden verfolgt, inhaftiert, gefoltert und ermordet. Unter dem lächelnden vermeintlichen Reformier Rohani gibt es mehr Hinrichtungen als unter Ahmadinejad. Sie sollen all diejenigen einschüchtern, die nach einem Leben in Freiheit von theokratischem Terror streben. Der Aufstand iranischer Demokraten im Sommer 2009 wurde brutal niedergeschlagen, die Proteste von Teheran bis Mahabad konnten jedoch nicht zum Schweigen gebracht werden.

Doch sind Iraner und Israelis längst nicht mehr die einzigen, die sich vom Terrorismus der Islamischen Republik bedroht sehen. In Syrien ist das iranische Regime direkt verantwortlich für die Massenverbrechen des verbündeten Diktators Assad. Dieser hält sich nur noch durch die massive Präsenz iranischer Revolutionsgarden und schiitischer Milizen aus dem Ausland an der Macht. Arabische Politiker und Intellektuelle kritisieren diese Terrorpolitik scharf. Iranische Funktionäre rühmen sich währenddessen, bereits vier arabische Hauptstädte (im Irak, Syrien, Libanon und Jemen) zu kontrollieren.

Während sich die Situation im Mittleren Osten unter dem Einfluss der Islamischen Republik und ihres feindlichen Zwillingsbruders ISIS dramatisch verschärft, verhandeln die führenden westlichen Mächte mit dem iranischen Regime über sein illegales Atomwaffenprogramm. Von substantiellen Zugeständnissen der Herrscher in Teheran kann jedoch keine Rede sein. Eine Aufhebung der Wirtschaftssanktionen würde dem Regime den Weg zu einer djihadistischen Bombe ebnen und ihm weitere Milliarden für seine terroristische Innen- und Außenpolitik verschaffen.

Es ist ein Skandal, dass Politik und Wirtschaft in Deutschland eine massive Ausweitung des Geschäfts mit dem Regime in Teheran vorbereiten, das Israel mit Vernichtung droht, den Holocaust leugnet und die eigene Bevölkerung brutal unterdrückt! Deutschland muss seiner besonderen Verpflichtung gegenüber Israel, die von deutschen Politikern erst kürzlich anlässlich der Feierlichkeiten zum 50-jährigen Bestehen der diplomatischen Beziehungen beider Staaten erneut betont wurde, nachkommen und jegliche Geschäfte mit dem iranischen Terrorregime einstellen!

Wir treten ein für Solidarität mit Israel, der iranischen Freiheitsbewegung und mit allen Demokraten im Nahen Osten.

Wir stellen uns gegen die Menschenrechtsverletzungen in der Islamischen Republik Iran und gegen jede Form von antisemitischer, islamistischer und homophober Propaganda.

Wir fordern:

Ein Verbot des antisemitischen Al Quds-Marsches und der Terrororganisation Hisbollah
Ein Verbot aller antisemitischer Demonstrationen und Versammlungen in Deutschland
Eine konsequente Aufrechterhaltung der Sanktionen gegen die Islamische Republik

Unterstützende Organisationen

Rednerliste:

- DEIDRE BERGER, AMERICAN JEWISH COMMITTEE
- MIKE DELBERG, JÜDISCHE GEMEINDE BERLIN
- JOCHEN FEILCKE, DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT BERLIN UND POTSDAM
- KLAUS-DIETER GRÖHLER, MITGLIED DES BUNDESTAGES, CDU
- LUKAS KRIEGER, JUNGE UNION BUNDESVORSTAND
- DR. SERGEY LAGODINSKY, JÜDISCHE GEMEINDE BERLIN
- DR. KLAUS LEDERER, MITGLIED DES ABGEORDNETENHAUSES, DIE LINKE
- BARBARA LOTH, STELLV. SPD-LANDESVORSITZENDE BERLIN, STAATSEKRETÄRIN FÜR INTEGRATION UND FRAUEN
- BENEDIKT LUX, MITGLIED DES ABGEORDNETENHAUSES, GRÜNE
- DR. KAZEM MOUSSAVI, SPRECHER GREEN PARTY OF IRAN, STOP THE BOMB
- REINHOLD ROBBE, PRÄSIDENT DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT
- JÖRG STEINERT, LANDESGESCHÄFTSFÜHRER LSVD BERLIN-BRANDENBURG

Kundgebung in Berlin: „Terror und Hass entgegnetreten – Berlin für Israel“

20.10.2015

Ein breites Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen ruft auf Grund der sich dramatisch zuspitzenden Situation in Israel zu einer Kundgebung am Dienstag, den 20. Oktober, 17 Uhr am Brandenburger Tor unter dem Motto “Terror und Hass entgegnetreten – Berlin für Israel!” auf.

Seit Wochen leben die Menschen in Israel in Angst und Schrecken durch den palästinensischen Terror. Jeden Tag werden gezielt Jüdinnen und Juden mit Äxten, Messern, Pistolen oder durch Autos attackiert mit dem Ziel sie zu töten. Egal ob alt oder jung, religiös oder nicht, Männer oder Frauen, in Tel Aviv, Jerusalem oder auf dem Land; auf öffentlichen Plätzen, in Bussen, auf Märkten oder bei Synagogen: der Terror soll alle jüdischen Israelis treffen.

Aufgestachelt durch die Aufrufe zu Terror und Gewalt der verschiedenen palästinensischen Fraktionen wurde ein Klima des Hasses erzeugt, das eine bewusste Eskalation herbeiführt und sich gegen jegliche Friedensbemühungen richtet. Schon 13-jährige Kinder sind so durch die Hasspropaganda angestachelt zu Attentätern geworden.

Die Aufstachelung zu Hass und Terror muss gestoppt werden!

Die alltäglichen Terroranschläge gegen Israelis müssen aufhören!

In Deutschland rufen verschiedene palästinensische Gruppen zur Unterstützung des Terrors auf um auch hier eine Eskalation herbeizuführen.

Diesen Aufrufen zur Unterstützung von Terror in Deutschland muss entgegen getreten werden!

Die Kundgebung wird bisher unterstützt durch (Stand 19.10., 14:18 Uhr):

- Amadeu-Antonio-Stiftung (AAS)
- American Jewish Committee, Berlin (AJC)

- Aviva Berlin
- Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus (BGAA)
- Bündnis gegen Antisemitismus Kassel
- Präsidium der Deutsch-Israelischen Gesellschaft
- Deutsch-Israelische Gesellschaft, Arbeitsgemeinschaft Hamburg
- Deutsch-Israelische Gesellschaft, Arbeitsgemeinschaft Berlin und Potsdam
- Haolam.de
- Honestly Concerned
- I like Israel (ILI)
- Jüdisches Studentenzentrum Berlin
- Junges Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft
- Junges Forum der DIG Berlin/Potsdam
- Junges Forum der DIG Hamburg
- Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA)
- Jusos Berlin
- Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus e.V.
- Mideast Freedom Forum Berlin
- Erol Özkaraca, MdA, SPD
- Tom Schreiber, MdA, SPD
- Zentralrat der Juden in Deutschland

Solidarität mit Israel – Kundgebung gegen antisemitischen Terror

19.12.2015

Der Israelhetze eines von der Berliner palästinensischen Community organisierten Flashmobs auf dem Potsdamer Platz stellten sich am vergangenen Samstag rund 150 Bürgerinnen und Bürger entgegen.

Der Flashmob am 19. Dezember 2015 war der vorerst letzte Protest in einer Reihe von mindestens sieben in Berlin organisierten Veranstaltungen zur Unterstützung der derzeit in Israel und im Westjordanland laufenden “Intifada 3”. Kennzeichen der “Intifada 3” sind vor allem heimtückische Mordanschläge auf jüdische Israelis. In Berlin und anderen deutschen Städten werden diese häufig mit Messern ausgeführten Angriffe als legitimer Widerstand gegen die Besatzung gefeiert.

Wenig Zulauf bei “Intifada 3”-Befürwortern

Mit dem Flashmob auf dem Potsdamer Platz, an dem sich knapp 20 Menschen beteiligten, wurde eine klassische Täter/Opfer-Umkehr zelebriert. Ohne die Mordanschläge zu erwähnen, stellten die Akteure der Kundgebung eine Szene nach, in der sie – stellvertretend für die in Gaza und der Westbank lebenden Palästinenser/innen – Opfer eines hinterrücks ausgeführten Mordes sind. Täter ist für sie “Israel”. Symbolisch stand dafür ein mit einer Israelfahne beklebter Blecheimer bereit, gefüllt mit Kunstblut. Dieses wurde nach und nach über den Kopf einer auf dem Boden knienden und schreienden Frau gegossen, die mit einem weißen Overall bekleidet war. “Tot” kippte sie zur Seite weg.

Möglicherweise nicht von ungefähr sollte diese Szene an eine Hinrichtung durch den Islamischen Staat (IS) erinnern. In mehreren Post auf der Facebookseite der “Palästinensischen Gemeinde Deutschland” (PGD e.V.) wird behauptet, Israel stünde hinter dem IS bzw. ISIS. So liest man in einer Veröffentlichung “ISIS = Israeli Security Intelligence Service”. Yusef Taha, einer der Veranstalter des Flashmobs, wird vom Vorsitzenden des PGD als “Vorstandsmitglied für Öffentlichkeitsarbeit” bezeichnet. Die Website der PGD, die automatisch zur Facebookseite weiterleitet, ist auf seinen Namen angemeldet.

Ermutigende Stimmung auf Gegenkundgebung

Gegen die überschaubare Kundgebung mit ihrem blutigen Schauspiel versammelten sich auf der gegenüberliegenden Straßenseite zahlreiche Menschen. Viele von ihnen drückten ihre Verbundenheit zu Israel mit kleinen und großen Israelfahnen aus, die im Wind über dem Potsdamer Platz flatterten. Beschwingt mit fröhlicher Musik und Tanz wurde in die Kundgebung eingeführt. Izi Aharon, Blogger von haOlam.de, sagte zur Begrüßung, man sei zusammengekommen, um nicht widerspruchslos hinzunehmen, wenn Antisemiten sich zusammenrotten und das Vergießen jüdischen Blutes bejubeln.

Gegen Terror – für Toleranz

Mike Samuel Delberg, Mitglied der Repräsentantenversammlung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin und Leiter des Jüdischen Studentenzentrums, betonte in seiner kurzen Ansprache, dass die lauten Stimmen des Friedens die treibenden Kräfte des Terrors verstummen lassen können, müssen und werden. Er sei überzeugt, dass Juden, Moslems, Christen, Hand in Hand und Seite an Seite miteinander leben können.

Der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) Hellmut Königshaus wies auf die kollektive Verantwortung aller Menschen im Lande hin, dafür zu sorgen, dass die antisemitische Gewalt nicht erneut Zuspruch aus dem Herzen Berlins erfährt.

Nie wieder Krieg und Erziehung zum Hass

Auf die geschichtsträchtige Bedeutung des Veranstaltungsorts des palästinensischen Flashmobs machte Dr. Sergey Lagodinsky aufmerksam. Die israelfeindlichen Akteure versammelten sich nämlich direkt am ehemaligen Todesstreifen, an dem Ort, wo früher der Krieg unmittelbar zum Greifen nahe war. Lagodinsky, Mitglied der Repräsentantenversammlung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, betonte, man werde es nicht akzeptieren, dass dieser Krieg und Hass erneut gepredigt wird.

Oliver Höffinghoff, parteiloses Mitglied des Abgeordnetenhaus von Berlin, fragte rhetorisch die "Schauspieler" des Flashmobs, warum sie nie dagegen demonstrieren, dass Palästinenser im Libanon und Syrien nach all den Jahren keine Bürgerrechte bekommen und noch immer in Lagern leben müssen. Außerdem seien Israel und die IDF die einzigen, die die Westbank davor bewahrten, dass die gelben oder grünen Fahnen auf den Dächern gegen die schwarzen Fahnen des IS ausgetauscht werden.

Die Rolle der sozialen Medien im Zusammenhang mit der "Intifada 3" stand im Fokus der Ansprache von Jochen Feilcke, Vorsitzender der DIG Berlin-Potsdam. Diese neuen sozialen Medien würden zur Anstiftung von Terrorakten gegen Juden missbraucht. "Jugendliche Araber saugen diese Hasspredigten im Netz auf und tun, was ihnen dort offen befohlen wird", sagte Feilcke. "Diese Hetzte, Kinder zu Mördern zu erziehen", so Jochen Feilcke weiter, "muss endlich aufhören." Vom Gesetzgeber forderte der Vorsitzende der DIG Berlin-Potsdam ein Verbot jeglicher Gewaltverherrlichung auf deutschen Straßen.

Das Verlangen nach einem normalen Leben

Mit einer persönlichen Geschichte beendete Levi Salomon, Sprecher des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (JFDA), den Rednerreigen der israelsolidarischen Gegenkundgebung am Potsdamer Platz. Salomon, Anfang der 1990er Jahren aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland eingewandert, erschien mit dem Jerusalemer Sohn eines Freundes zum Protest gegen den palästinensischen Flashmob. Für ihn und alle anderen jüdischen Menschen müsse Israel leben, betonte Salomon und fügte hinzu: "Wir wollen, dass die Israelis lachen und tanzen. Wir wollen, dass die Israelis ein normales Leben leben."

Mit diesen guten Wünschen aus der letzten Rede und der Hymne der jüdischen Nation wurde die israelsolidarische Gegenkundgebung beendet, verbunden mit der Hoffnung, dass eine solche Kundgebung in naher Zukunft nicht mehr nötig sein wird.

JFDA-Video:

Solidarität mit Israel – Kundgebung gegen antisemitischen Terror

siehe auch:

“Intifada 3” in Berlin – Beifall und Gegenprotest

Ausstellungseröffnung an der Johann-Pogge-Schule in Lalendorf

10.12.2015

Knappe drei Wochen, nachdem die Schülerinnen und Schüler der 9. und 10. Klasse von der Johann-Pogge-Schule in Lalendorf an der interaktiven Lernwerkstatt zu Vorurteilen und Antisemitismus teilgenommen hatten, kehrte das Projektteam an die mecklenburgische Realschule zurück.

Mit denselben Teilnehmer/innen eröffnete es am 10. Dezember 2015 eine Ausstellung, in der die von den Schüler/innen entwickelten Plakate zu Rassismus und Antisemitismus für einige Wochen gezeigt werden.

Mit ein paar Worten vom Schulleiter Ortwin Ackermann und dem Leiter des Projektteams Levi Salomon wurde die Ausstellung und zugleich ein kleines Buffet eröffnet. Nach einem Rundgang durch die Ausstellung und einer Erfrischung mit Getränken und Snacks setzten sich Projektteam, Lehrer/innen und Schüler/innen nochmal gemeinsam zusammen, um über die Plakatgestaltung, Rassismus und über Antisemitismus ins Gespräch zu kommen.

In der Abschlussdiskussion wurde zunächst über die allgemeine Situation der syrischen Geflüchteten diskutiert. Auch Lalendorf hat bereits eine kleine Gruppe an Geflüchteten aufgenommen. In einem ehemaligen Jugendclub wohnen derzeit etwa 10-12 unbegleitete Kinder und Jugendliche. Diese haben ihre Eltern während der Flucht verloren und noch nicht wiedergefunden oder sind Waisen. Geplant ist, dass sie Schüler der Johann-Pogge-Schule werden.

Die Schüler/innen erzählen, dass bereits drei von den syrischen Kindern an ihre Schule gehen. Insgesamt zeigten sie Verständnis dafür, dass hilfsbedürftige Menschen aufgenommen werden. Allerdings hielten sie es für illusorisch, dass alle von Deutschland versorgt werden können und forderten, dass auch andere Länder sich um die fliehenden Menschen kümmern müssten. Nach einer kurzen Diskussion mit dem Projektteam machten sie aber deutlich, dass kein Mensch verhungern oder erfrieren dürfe.

Eine weitere Diskussion behandelte die Frage: Kann ein Jude gleichzeitig Antisemit sein? Und wie wird man überhaupt Jude bzw. ist es möglich, seine Zugehörigkeit zum Judentum ohne Weiteres abzulegen oder wird man dennoch als Jude angesehen? Auch diese Diskussion zeigte, wie schwierig der Themenkomplex rund um die Vorurteilsproblematik und den Antisemitismus ist. Zwar ist es in diesem kurzen Rahmen nicht möglich, alle Fragen zu klären. Es konnten aber immerhin einige Anregungen mitgegeben werden, über die sich die Teilnehmer/innen schließlich selbstständig Gedanken machen können.

Ausstellungseröffnung an der Ostseeschule Wismar

17.12.2015

Ein kurzer Bericht über die Abschlussveranstaltung der interaktiven Lernwerkstatt an der Ostseeschule Wismar: Eine Ausstellungseröffnung von Plakaten zu Rassismus und Antisemitismus, ein Buffet, eine Diskussionsrunde.

Ein erschütterndes Ereignis machte die mecklenburgische Hansestadt Wismar kürzlich in den Medien bekannt. In der behaglichen Kreisstadt, die aufgrund ihrer schönen Altstadt auf der Welterbeliste der UNESCO steht, wurden am Abend des 31. Oktobers 2015 zwei Syrer vor der Notunterkunft im Wismarer Stadtteil Friedensdorf überfallen und krankenhaushausreif geschlagen.

Als das Team vom Projekt „Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen“ am 9. und 10. November 2015 ihre interaktive Lernwerkstatt durchführte (Bericht [hier](#)), waren daher die Themen rund um die Geflüchteten aus Syrien und der Rassismus von deutscher Seite zentral. Die

Schülerinnen und Schüler nahmen die Lernwerkstatt zum Anlass, sich über die Neuankömmlinge in Wismar auszutauschen.

Am Ende der zwei Novembertage mit dem Projektteam aus Berlin entstanden neun Plakate: Davon fertigten die Schüler/innen fünf zum Thema Rassismus sowie vier zum Thema Antisemitismus an. Am 17. Dezember 2015 kehrte das Projektteam wieder nach Wismar zurück, um die Plakate mit einer kleinen Ausstellungseröffnung zu präsentieren und in Erinnerung zu rufen, was wenige Wochen zuvor diskutiert, gelernt und geschaffen wurde.

Feierliche Eröffnung der Ausstellung

Wie die Schulleiterin Beate Brindle in der Begrüßung hervorhob, gehört die Wismarer Ostseeschule zu den deutschlandweit insgesamt rund 1.800 *Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage*. Wie die Jugendinitiative auf ihrer [Website](#) erklärt, wollen sie mit dem Projekt Kindern und Jugendlichen ermöglichen, das Klima an ihrer Schule aktiv mitzugestalten, indem sie sich bewusst gegen jede Form von Diskriminierung, Mobbing und Gewalt wenden.

Als *Schule ohne Rassismus* hat sich die Ostseeschule bereits in der Vergangenheit mehrfach mit den Themenfeldern auseinandergesetzt, die bei der Lernwerkstatt im November zentral waren. Die Schulleiterin brachte ihre Freude zum Ausdruck, ein solches Projekt erneut verwirklicht zu haben und lobte die schönen Plakate der Schüler/innen.

Als besonderen Gast begrüßte die Schule Thomas Beyer (SPD), der seit 2010 Bürgermeister von Wismar ist. Beyer hat sich selbst während seines Theologie-Studiums mit der Judenfeindschaft von christlicher Seite – insbesondere der Bibel – beschäftigt. Er war beeindruckt vom schulischen Engagement für Toleranz und gegen Rassismus. Besonders gefielen ihm die neun Plakate der Schülerinnen und Schüler, die sich hier klar und deutlich gegen Rassismus und Antisemitismus aussprachen, die für eine bunte Stadt und für Toleranz plädierten. Besonders jetzt, da viele Menschen aus dem Nahen und Mittleren Osten nach Deutschland fliehen, sei es wichtig, gegen Rassismus zu agieren, so der Bürgermeister in seiner kurzen Ansprache vor den Teilnehmer/innen der Ausstellungseröffnung. Beyer selbst betont die Chancen und Bereicherung, die mit der Aufnahme von Geflüchteten verbunden sind und setzt auf ein tolerantes, weltoffenes Wismar.

Essen und Trinken, Betrachten und Erinnern

Auch das Team aus Berlin freute sich über das Wiedersehen in Wismar und fasste nach der Begrüßung nochmals kurz zusammen, was in den zwei Workshop-Tagen besprochen und gelernt wurde. Dann ging es aber erst mal ans Buffet: Neben Drinks und Snacks aus Berlin gab es diesmal sogar leckeren selbstgebackenen Kuchen von der Schule. Bepackt mit Getränk und Kuchenstück konnten anschließend Schüler/innen wie Lehrer/innen, Bürgermeister und Projektteam in Ruhe die Plakate betrachten und sich auf den praktischen Teil der Lernwerkstatt zurückbesinnen, der in der Plakatgestaltung lag.

Nachdem sich alle die Ausstellung angeschaut hatten, ging es ans Eingemachte: Eine Abschlussdiskussion sollte allen Teilnehmer/innen ermöglichen, über die auf den Plakaten transportierten Botschaften zu sprechen.

Abschlussdiskussion

Wie schon während der Workshop-Einheiten im November war auch in der Abschlussdiskussion die Haltung zu den geflüchteten Syrer/innen, Afghan/innen etc. zentral. Da Wismar einige Geflüchtete aufgenommen hat, zuvor aber kaum Menschen aus muslimischen Kulturkreisen in Wismar lebten, fallen die Neuankömmlinge aus Syrien, wenn sie durch die mecklenburgische Stadt laufen, der lange ansässigen Bevölkerung ins Auge. Die Situation ist für die Bevölkerung also relativ neu und mit Städten wie Berlin oder Hamburg – wo seit Jahrzehnten eine muslimische Community wohnt – nicht zu vergleichen.

Wie ist es also für die Bevölkerung in Wismar, dass es plötzlich Menschen gibt, die kein oder kaum deutsch sprechen, und offensichtlich aus einem anderen Kulturkreis kommen? Befremdlich, meint eine Schülerin, sei es schon. Ungewöhnlich findet es eine andere Schülerin.

Hier wird eine gewisse Skepsis deutlich und es war den Schüler/innen durchaus wichtig zu betonen, dass die Geflüchteten sich im neuen Land respektvoll verhalten sollten. Ein Schüler, für den dies besonders zentral war, wandte ein, dass sich natürlich auch nicht alle Deutschen stets anständig verhielten. Es sei also wichtig, dass nicht nur Geflüchtete, sondern auch Deutsche respektvoll miteinander umgingen. Peter Utasch vom Projektteam ergänzte, dass hierfür auch das Grundgesetz weiterhelfen und als Grundlage für den Umgang miteinander dienen könne.

An der Schule selbst gibt es inzwischen auch einige Schüler/innen aus Syrien, erklärte eine Schülerin. 19 seien es, und von Problemen konnte keiner der Diskussionsteilnehmer/innen berichten. Da sie einen speziellen Deutsch-Unterricht erhielten, könnten sie sich auch schon in der deutschen Sprache verständigen, so die Schülerin.

Da es den Teilnehmer/innen der Diskussionsrunde offensichtlich nicht ganz leicht fiel, sich in die Situation der Geflüchteten hineinzusetzen – die ihre Heimat schließlich nicht freiwillig verließen, sondern aufgrund der Kriegssituation keine andere Möglichkeit mehr sahen, als zu fliehen – erzählten Peter Utasch und Levi Salomon von ihrer persönlichen Geschichte und der Situation, wie es ist, als Fremder in ein unbekanntes Land zu kommen. Utasch ist aus der DDR ausgewiesen worden und lebte anschließend in der BRD, Salomon kam 1991 aus der Sowjetunion nach Deutschland. Für ein gegenseitiges Verständnis ist es schließlich wichtig, sich in den anderen hineinversetzen zu können. Wenn man versteht, dass es auch für die Geflüchteten nicht einfach ist, ist es auch vermutlich einfacher, Akzeptanz und Hilfsbereitschaft zu zeigen.

Fazit

Eine der jungen Diskussionsteilnehmer/innen drückte zum Schluss noch ganz grundsätzlich ihr Unverständnis darüber aus, wieso Menschen für ihren Glauben ausgegrenzt würden. Der Glaube – ob muslimisch, christlich oder jüdisch – sollte ihrer Meinung nach völlig egal sein. Es sollte jedem Menschen selbst überlassen sein, an welchen Gott oder ob er überhaupt glaube: Das sei schließlich Privatsache. Das Projektteam freute sich über dieses Statement und hofft, dass es künftig immer mehr Menschen gibt, die so denken.

3. Projekt „Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen!“

Ausgangslage

Das Modellprojekt „Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen“ ist in der ersten Jahreshälfte 2015 entwickelt worden und findet im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ statt. Mit unseren Schulworkshops wollen wir Jugendlichen eine Perspektive eröffnen, die ihnen einen selbständigen, reflektierten Umgang mit Vorurteilen, Rassismus und Antisemitismus ermöglicht.

Im Sommer 2014 hat sich bereits mit den antisemitischen Vorfällen im Zuge der Gaza-Demonstrationen zum Nahostkonflikt der dringend notwendige Bedarf an politischer Bildungsarbeit in diesem Bereich gezeigt. Mit den 2015 verzeichneten verbalen und tätlichen Angriffen auf junge Israelis in Berlin und den Demonstrationen gegen die syrischen Flüchtlinge hat sich dieser weiter verstärkt.

Rassismus und antisemitische Ressentiments sind, wie jene Übergriffe und Kundgebungen gezeigt haben, in allen Teilen der Gesellschaft in unterschiedlicher Intensität vorhanden, weshalb auf dieses gesamtgesellschaftliche Problem in der Schulbildung reagiert werden muss. Hier setzt das Jüdische Forum an: mit einem interkulturell zusammengesetzten Team und einer interaktiven Lernwerkstatt.

Der Themenkomplex Vorurteile / Antisemitismus und seine konstruktive Behandlung im schulischen Kontext

Vorurteile und Antisemitismus sind keinesfalls ein Problem der gesellschaftlichen Ränder, sondern ein gesamtgesellschaftliches, wie zahlreiche Studien der letzten Jahre offen legten. Deshalb wendet sich unser Modellprojekt an alle Schularten, d.h. Gesamtschulen, Realschulen und Gymnasien. Da es sich beim Antisemitismus um ein Thema handelt, dessen nachhaltiges Verständnis eine gewisse Reife voraussetzt, richtet sich das Projekt an Schüler/innen zwischen 9. und 11. Klasse. Die Workshops sind als Zusatzmaßnahme zum Unterrichtsstoff zu sehen, da Lehrer/innen im regulären Unterricht, wenngleich sie Antisemitismus im Geschichts-, Religions-, Ethik-, Politik- oder Sozialkundeunterricht thematisieren, kaum der Komplexität der Thematik gerecht werden können. Wegen seiner geschichtlich weit zurückreichenden Wurzeln, seines Facettenreichtums und seiner politischen Relevanz weist Antisemitismus eine Multidimensionalität auf, die sich im Schulalltag kaum behandeln lässt. Bei Lehrkräften kann aufgrund der vielfältigen Bereiche, die sie fachlich abdecken müssen, in der Regel keine Expertise im Bereich des Antisemitismus vorausgesetzt werden. Hinzu kommt, dass sich Antisemitismus durch seine Anpassungsfähigkeit an den Zeitgeist auszeichnet. Zusammen mit der Multidimensionalität liefert diese Eigenschaft den Grund für die lange Geschichte des Antisemitismus. Nicht nur Lehrkräften fällt es deshalb schwer, mit fundiertem Wissen den aktuellen Erscheinungsformen des Antisemitismus nachhaltig entgegenzutreten und sie in konstruktiven Bezug zu Geschichte, Politik und Religion zu setzen.

Da der Antisemitismus über die vergangenen Jahrhunderte bei den Mehrheitsgesellschaften in Europa – wenngleich in unterschiedlicher Ausprägung – vorhanden war, muss tendenziell von einer entsprechenden Prägung von Kindesalter an ausgegangen werden. Die Erfahrung zeigt, dass ohne ein Mindestmaß an Selbstreflexion über eigene Weltbilder kein konstruktiver Umgang mit Antisemitismus möglich ist, vielmehr kommt es zu einer Abwehrhaltung. Daher muss bei diesem Projekt ein Ansatz gewählt werden, der die Jugendlichen gerade zu dieser Selbstreflexion anregt. Ein interkulturell zusammengesetztes Projektteam versucht deshalb in Workshops, die Jugendlichen über die Thematisierung von (ihren eigenen) Vorurteilen für die Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex der Vorurteile und des Antisemitismus zu gewinnen. Antisemitismus wird in der Lebensrealität vieler Jugendlicher als Problem von Jüdinnen und Juden wahrgenommen. Zudem

existieren aus ihrer noch begrenzten Erfahrungswelt entwickelte Bilder des „Fremden“ an sich, und „des Juden“ im Besonderen. Die interkulturelle Zusammensetzung des Projektteams hat die Funktion, diese erste Schranke in den Denkstrukturen der Jugendlichen zu überwinden. An diesem Punkt kann das Projektteam mit der Thematisierung antisemitischer Ressentiments fortfahren, da die für die Beschäftigung mit diesem Thema unentbehrliche Selbstreflexion bei den Jugendlichen bereits eingesetzt hat.

Ablauf des Modellprojekts

Im Bewilligungszeitraum 2015 wurde das dem JFDA vorliegende Video-, Bildmaterial und die publizistischen Werke zu den antisemitischen Vorfällen im Zuge der Gaza-Kundgebungen in Zusammenarbeit mit Wissenschaftler/innen, Pädagog/innen und weiteren Expert/innen gesichtet, analysiert und ausgewertet. Daraus wurde ein pädagogisch-didaktisches Material nach den Methoden der politischen Bildungsarbeit entwickelt, das das Projektteam dazu befähigt, die zu vermittelnden Inhalte an die Schüler/innen im Rahmen von einer interaktiven Lernwerkstatt heranzutragen. Um verschiedene Erfahrungshintergründe und Perspektiven zu ermöglichen, ist das Projektteam interkulturell bzw. -religiös zusammengesetzt. Beispielsweise gehörten 2015 neben Vertreter/innen vom JFDA auch der pensionierte evangelische Pfarrer Peter-Michael Utasch sowie der Vorstandssprecher vom Türkischen Bund Berlin-Brandenburg İlker Duyan zum Team. Im ersten Teil der interaktiven Lernwerkstatt werden mittels eines Gruppengesprächs im Klassenverband die eigenen Vorurteile der Schüler/innen gegenüber diversen Gruppen thematisiert, damit eine inhaltliche Strukturierung erfolgen kann. Die interkulturelle Zusammensetzung des Projektteams hilft dabei, spielerisch bestimmte Vorurteile als solche zu identifizieren. Jedes Mitglied innerhalb des Projektteams verfügt über die seinem kulturellen Hintergrund entsprechenden Erfahrungen, die es in dieser Phase einzusetzen gilt. So wird anhand von populären Beispielen herausgestellt, dass diese Vorurteile sowohl negative als auch positive Stoßrichtungen besitzen können. Die Jugendlichen werden mittels Fakten auf die Eigenschaft von Vorurteilen, nur eine Teilrealität zu reproduzieren, hingewiesen. Diese Teilrealitäten sollen die Schüler/innen im Hinblick auf ihre eigenen Vorurteile erkennen und hinterfragen. Den Jugendlichen soll auch bewusst werden, wozu negative Vorurteile führen können. Dies wird ihnen sowohl spielerisch als auch durch die Thematisierung von historischen Beispielen von Ausgrenzung, Diskriminierung und Verfolgung vermittelt. So wird der Prozess der Selbstreflexion eingeleitet, um in der zweiten Einheit Ursprünge, Funktion und Erscheinungsformen antisemitischer Ressentiments aufzuzeigen. Die zweite Lerneinheit knüpft am Fokus auf Folgen der Diskriminierung an und leitet dann zur Thematisierung von Antisemitismus über. Judenfeindliche Stereotype werden im Klassenverband gesammelt und reflektiert. Zum Einsatz kommt anschließend die Videodokumentation von 2015, in der Expert/innen antisemitische Ressentiments und Vorurteile analysieren und voneinander abgrenzen. Darin werden sowohl die aktuellen Erscheinungsformen, wie sie sich im Sommer 2014 und auch darüber hinaus gezeigt haben, eingeordnet und dahingehend analysiert, woraus diese Inhalte entwickelt werden, als auch die Entstehungsgeschichte des Antisemitismus nachgezeichnet. Für die Jugendlichen soll in einer daran anschließenden Gruppendiskussion der Unterschied zwischen Vorurteilen und Ressentiments erkennbar werden. Im weiteren Verlauf wird unter Zuhilfenahme von Medien (Power-Point-Präsentation, Film) nach einer Erklärung gesucht, warum sich antisemitische Ressentiments über die Jahrhunderte erhalten und weiterentwickeln konnten und heute in der Form des israelbezogenen Antisemitismus Gestalt annehmen. Sowohl die Wirkmächtigkeit als auch die Vermittlungskanäle von antisemitischen Ressentiments sollen im Klassenverband mit dem Projektteam reflektiert werden. Der dritten und letzten Lerneinheit bleibt die künstlerische Aufarbeitung der zuvor vermittelten Inhalte vorbehalten. In Gruppenarbeit werden die Jugendlichen nach einer kurzen Einführung in das künstlerische Arbeiten aus dem vom Projektteam bereitgestellten Bildmaterial Collagen zum Thema Vorurteile und Antisemitismus fertigen. Die Plakate werden nach dem Workshop vom Projektteam mit einer Grafikerin weiter verarbeitet, wodurch die Ergebnisse der Schüler/innen in einer neu zu konzipierenden Ausstellung sichtbar werden. Diese findet wenige Wochen nach der interaktiven

Lernwerkstatt statt und macht die Thematik Vorurteile und Antisemitismus in der gesamten Schule sichtbar und diskutierbar. Begleitet wird die Ausstellungseröffnung von einer Podiumsdiskussion mit dem interkulturellen Projektteam, zu der nicht nur die Teilnehmer/innen der Lernwerkstatt, sondern auch noch andere Schüler/innen aus der jeweiligen Schule teilnehmen können und sollen. Hierdurch wird eine weitere Gelegenheit zu Austausch, Diskussion und Aufklärung geboten.

Ergebnisse

2015 wurden die Lernwerkstätten insgesamt sechs Mal, an sechs verschiedenen Schulen durchgeführt, nachdem in der ersten Jahreshälfte das pädagogische Material erarbeitet wurde. Drei der Schulen liegen in Berlin, zwei in Mecklenburg-Vorpommern und eine in Brandenburg. Als Ergebnis der Workshops sind insgesamt 6 Ausstellungen mit jeweils 9 Schüler/innenplakaten entstanden, die in einer weitgehend schulinternen Veranstaltung - begleitet von einer themenrelevanten Podiumsdiskussion - vorgestellt wurden. Neben den Schüler/innenplakaten wurden drei weitere Informationsplakate gestaltet, die den Schüler/innen der gesamten Schule ermöglichen sollen, vom Projekt zu erfahren: über den Ablauf, über Vorurteile und über Antisemitismus. Die Ausstellungsplakate stellen das Ergebnis der Lernwerkstatt dar, indem sie die von den Schüler/innen selbst erarbeiteten Inhalte präsentieren. Sie zeigen die Grundlagen, die sich die Jugendlichen durch das Modellprojekt erarbeitet haben und so zum selbständigen, kritischen Umgang mit dem Phänomen Antisemitismus befähigen. Auf diese Erkenntnisse der Schüler/innen wurde in den schulintern stattfindenden Podiumsdiskussionen im Rahmen der Ausstellungseröffnungen eingegangen. Den Podiumsgästen wurde die Möglichkeit geboten, ihre Tätigkeiten in Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft in Bezug zum Projekt zu setzen und die Relevanz der von den Schüler/innen erarbeiteten Ergebnisse herauszustellen. Der schulinterne Rahmen stellt eine größere Reichweite der Projektergebnisse sicher. Im vergangenen Projektdurchlauf konnte auf diese Weise die ganze Jahrgangsstufe erreicht werden. Das pädagogische Konzept wurde nach (Selbst-) Evaluationen im Anschluss an die durchgeführten Lernwerkstätten stets einer Kritik unterzogen und gegebenenfalls abgewandelt, verändert und verbessert. Wie vorgesehen ist im Laufe des Jahres 2015 ebenso eine kommentierte Videodokumentation entstanden, in welcher diverse Expert/innen die Beobachtungen des Jüdischen Forums analysieren. Diese wurde bis Jahresende bearbeitet und soll künftig nicht nur auf der Projektseite in voller Länge, sondern auch in gekürzter Version als Videomaterial in die Präsentation der Lernwerkstatt einfließen. Außerdem wurde eine Power-Point-Präsentation erstellt, in der die Geschichte des Judenhasses und die Formen des gegenwärtigen Antisemitismus behandelt werden. Auch diese wurde nach einem Durchlauf überarbeitet und optimiert. Der Beirat unseres Projekt, in dem pädagogische und wissenschaftliche Vertreter/innen sitzen, wurde zudem nicht nur in regelmäßigen Abständen über die Fortschritte des Projekts informiert, sondern selbst aktiv in die Gestaltungs- und Überarbeitungspläne einbezogen. Diese ständige Eigen- und Außenreflexion ist auch für den Fortgang des Projekts anberaumt.

Öffentlichkeitsarbeit

Als Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit wurde bisher umgesetzt: eine eigene Website, die das Projekt nicht nur beschreibt und bewirbt, sondern auch in Form von Berichten über den Ablauf der bisherigen Workshops informiert.

Zu finden ist diese Website unter juedisches-forum-demokratie-leben.de

Überdies werden hier auch die Ergebnisse unseres täglich durchgeführten Monitoring dokumentiert (siehe juedisches-forum-demokratie-leben.de/category/monitoring/). Hierdurch wird ersichtlich, wie viele antisemitische und rassistische Vorfälle und Übergriffe bundesweit zu beobachten sind. Gleichzeitig bestärken sie die Notwendigkeit der Fortsetzung des Projekts.

Am 28. April 2015 wurde das Projekt zum ersten Mal öffentlich vorgestellt. Im Rahmen der Woche der Brüderlichkeit wurden Gäste aus den Bereichen Politik, Medien und Wissenschaft sowie zivilgesellschaftlicher Organisationen in den Räumen des JFDA willkommen geheißen, um mit ihnen darüber ins Gespräch kommen, wie sich Jugendliche für dieses Thema sensibilisieren lassen. Geladen wurden außerdem die Kooperationspartner und der Beirat des Projekts sowie Vertreter/innen der finanziellen Projekt-Förderer. Zunächst eröffneten Dr. Ralf Kleindiek, Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, sowie Lala Süsskind, Vorsitzende des JFDA, den Abend. Anschließend informierten Projektleiter Levi Salomon und Mitarbeiter Tobias Messerer über das Projekt und rief zur Diskussion auf. Zum Schluss lud das JFDA zu einem kleinen Empfang, bei dem sich die Gäste persönlich austauschen konnten.

Am 22. Mai 2015 wurde das Projekt außerdem im Deutschlandradio in der Sendung „Shalom“ vorgestellt. Hier hatten Vereinsvorsitzende Lala Süsskind und Projektleiter Levi Salomon die Gelegenheit, ausführlich mit dem Redakteur David Dambitsch über „Vorurteile abbauen - antisemitische Ressentiments bekämpfen“ zu sprechen.

Zusätzlich wurde zum Jahresende ein Werbe-Faltblatt erstellt, welches von Katrin Becker grafisch umgesetzt wurde. Die Faltblätter wurden gedruckt, um auf die Lernwerkstatt hinzuweisen und Interessierte darüber zu informieren, wie sie uns kontaktieren können.

4. Pressemitteilungen

Terroranschlag auf Presse- und Meinungsfreiheit

07.01.2015

Das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (JFDA) bedauert das hinterhältige Attentat auf die französische Wochenzeitschrift „Charlie Hebdo“ und solidarisiert sich mit dem französischen Volk im Kampf gegen den Terror. Lala Süsskind, Vorsitzende des JFDA, erklärte dazu: „Die Pressefreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung gehören zu den Grundlagen der Demokratie. Ihre Verteidigung wird angesichts der wachsenden Radikalisierung durch ideologisches Gedankengut zunehmend eine Herausforderung. Unsere Gedanken sind bei den Getöteten, Verletzten und Hinterbliebenen. Ich erwarte von den muslimischen Geistlichen in Deutschland, dass sie gemeinsam mit uns ein Zeichen gegen diese menschenverachtenden Morde setzen.“

Charlie Hebdo veröffentlichte als Reaktion auf die Kontroverse um die in der dänischen Tageszeitung Jyllands Posten am 30. September 2005 abgedruckten Mohammed-Karikaturen am 1. März 2006 das Manifest der 12, das sich gegen den Islamismus als „neue weltweite totalitäre Bedrohung“ richtete. Darin rufen zwölf Schriftsteller, Journalisten und Intellektuelle zum Widerstand gegen den religiösen Totalitarismus und zur Förderung der Freiheit, Chancengleichheit und des Laizismus für alle auf: „Wir plädieren für allgemeine Meinungsfreiheit, damit sich der kritische Geist auf allen Kontinenten gegen jeden Missbrauch und gegen alle Dogmen entfalten kann.“

Im Juni 2014 hatte JFDA den Terrorismusexperten Berndt Georg Thamm um eine Analyse zur aktuellen Bedrohungslage aufgrund des Anschlages im jüdischen Museum in Brüssel gebeten. Herr Thamm ordnete das Attentat mit der Bezeichnung „Tsunami“ als Anfang einer mit Sicherheit eintretenden Entwicklung ein. Diese Einschätzung sei vor allem für jüdische Menschen und Einrichtungen höchst besorgniserregend, da sie von ideologisch indoktrinierten und kampferprobten Rückkehrern aus Syrien und Irak als „Ungläubige“ und „Feinde“ ausgemacht werden. Anfang Dezember hatte ein brutaler Überfall auf ein jüdisches Paar im Pariser Vorort Créteil für Schlagzeilen gesorgt.

Auch Charlie Hebdo könnte im Zusammenhang mit einer antisemitischen Kampagne in den Fokus islamistischer Terroristen geraten sein: Am 8. Januar 2013 berichtete der iranische Auslandsfernsehsender Press TV, dass das iranische Außenministerium Charlie Hebdo als Teil der „zionistischen Islamophobie-Kampagne“ betrachte und seine Veröffentlichungen als einen Beitrag des „zionistischen Regimes“ zur „Unterdrückung des palästinensischen Volkes“ bezeichnet habe. Unter den Toten des Anschlags ist auch der jüdische Cartoonist Georges Wolinski.

Islamistische Terroranschläge in Frankreich: Ein neues Bedrohungsszenario für Europa

12.01.2015

Mit großem Entsetzen und Trauer hat das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) e.V. die jüngsten islamistischen Terrorakte in Frankreich verfolgt. Mit den Morden an den Mitgliedern der Redaktion von „Charlie Hebdo“, an Polizisten sowie vier Personen, die sich in einem koscheren Supermarkt aufhielten, wurde das demokratische Europa im Zentrum seiner freiheitlichen Werte attackiert. Die Terroranschläge waren ein direkter Angriff auf die liberalen Demokratien Europas.

Die Täter der beiden Terrorzellen, Amedy Coulibaly, seine mutmaßliche Komplizin Hayat Boumeddiene sowie die Brüder Chérif und Said Kouachi standen laut eigener Aussagen mit den Terrororganisationen Al Qaida auf der Arabischen Halbinsel und dem Islamischen Staat (IS) in Verbindung. Said Kouachi hatte sich laut Presseberichten im Jemen aufgehalten und dort Kontakt zu Anwar Al Awlaki, einem Chefideologen der Al Qaida auf der Arabischen Halbinsel, gehabt. 2003 befand sich Al Awlaki als Gastredner auf Einladung der Muslim Association in Britain in Großbritannien. Die damalige britische Abgeordnete Louise Ellman bezeichnet die Muslim Association in Britain als einen Ableger der Muslimbruderschaft. Einige Mitglieder in Schlüsselpositionen, so Ellman, unterhielten Verbindungen zur Terrororganisation Hamas.[1] Die Namen der Kouachi-Brüder waren schon lange vor den Terroranschlägen in den Datenbanken amerikanischer Sicherheitsbehörden gespeichert und befanden sich auf der No-Fly-Liste der Vereinigten Staaten.[2] Auch den deutschen Sicherheitsbehörden waren sie bekannt. Die Attentäter standen untereinander in Kontakt und konnten vermutlich auf eine Terrorinfrastruktur zurückgreifen, die ihnen eine Koordination der Anschläge ermöglichte.

Der Täter, der im April 2014 den islamistischen Terroranschlag auf das Jüdische Museum in Brüssel verübte, bei dem vier Menschen ermordet wurden, konnte ebenfalls auf eine terroristische Infrastruktur sowie auf Kampferfahrung zurückgreifen. Der Terrorismusexperte Berndt Georg Thamm bezeichnete den Anschlag in seiner Analyse für das Jüdische Forum im Juni 2014 als "Vorboten eines Tsunami".[3] Diese Analyse scheint sich nun zu bestätigen: In Frankreich führten die Terroristen mehrere Anschläge gleichzeitig bzw. kurz nacheinander aus und versetzten dadurch die Bevölkerung gezielt in Angst und Schrecken. Eltern konnten ihre Kinder nicht aus der Schule abholen, Menschen durften ihre Häuser nicht verlassen. Im ganzen Land wurden achtzigtausend Sicherheitskräfte, darunter Spezialkräfte der Eliteeinheiten Raid, Gign und BDI, mobilisiert. Die vier Anschläge wurden von zwei dschihadistischen Terrorzellen verübt, die offensichtlich Verbindungen zu islamistischen Terrororganisationen hatten. Sie weisen damit Ähnlichkeiten auf zu den groß angelegten Terroroperationen in Mumbai 2008, bei dem neben anderen Anschlagzielen auch das Chabad House der Organisation Chabad Lubawitsch angegriffen wurde, und dem Anschlag der Al Shabab Miliz auf das Westgate Einkaufszentrum in Nairobi 2013, an dem unter anderem ein israelischer Investor beteiligt ist. Die koordinierten terroristischen Operationen waren über einen längeren Zeitraum vorbereitet worden. Es dauerte mehrere Tage bis sie durch Sicherheitskräfte beendet werden konnten. Die Organisation und die Durchführung der Terroranschläge in Frankreich verweisen damit auf ein neues Bedrohungsszenario, das nun auch Europa erreicht hat.

In seiner Analyse kommt Thamm zu dem Ergebnis, dass antisemitische Gewalt ein fester Bestandteil des militanten Islamismus ist. Amedy Coulibaly, der den Anschlag auf den Hyper Cacher Supermarkt in Paris verübte und fünf Menschen ermordet hat, die Polizistin Clarissa Jean-Philippe sowie die jüdischen Kunden des Supermarktes Yoav Hattab, Philippe Braham, Yohan Cohen und Francois-Michel Saada, erklärte einer Journalistin gegenüber, er wolle "unterdrückte Muslime verteidigen, insbesondere in Palästina." Er habe das koschere Geschäft als Anschlagziel ausgewählt, weil er speziell auf Juden zielte.[4] Die Satirezeitschrift "Charlie Hebdo" war in der Vergangenheit bereits Ziel einer antisemitisch motivierten Hetzkampagne des iranischen Regimes geworden: Im Jahr 2013 bezeichnete das iranische Außenministerium "Charlie Hebdo" laut dem iranischen Sender Press TV als Teil einer "zionistischen Islamophobiekampagne". Seine Veröffentlichungen seien ein Beitrag des "zionistischen Regimes" zur "Unterdrückung des palästinensischen Volkes".[5]

Antisemitische Vorfälle und Gewalttaten sind in Frankreich seit Jahren ansteigend: 2006 wurde Ilan Halimi in Paris von einer antisemitischen Gruppe entführt, gefoltert und ermordet. 2012 wurden bei einem Terroranschlag auf eine jüdische Schule in Toulouse ein Rabbiner sowie drei Kinder ermordet. Im Zuge der antisemitischen Gewaltwelle in Frankreich und anderen europäischen Staaten seit dem Beginn des Gazakrieges war im Sommer 2014 unter anderem eine Synagoge in der Pariser Rue La Roquette, in der sich mehrere hundert Menschen befanden, die erst nach Stunden von der französischen Polizei befreit werden konnten, von einem antisemitischen Mob angegriffen

worden. Anfang Dezember 2014 war ein junges jüdisches Paar in Créteil überfallen, ausgeraubt und die junge Frau vergewaltigt worden. Einer der Gewaltverbrecher soll dabei gesagt haben "Ihr seid Juden, also habt ihr Geld". Aufgrund der hohen Gefahr durch antisemitische Gewalt entscheidet sich eine stetig wachsende Zahl französischer Juden für eine Auswanderung nach Israel: "Das jüdische Leben in Frankreich wird keine Zukunft haben, wenn diese lebensbedrohende Gefahr, die von islamistischen Terroristen ausgeht, nicht effektiv und schnell angegangen wird", so der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Ronald S. Lauder.[6] An diesem Wochenende ist die Grand Synagogue in Paris zum ersten Mal seit 1945 am Schabbat geschlossen.

Antisemitische Gewalt ist das Kernelement des islamistischen Terrors, sie darf nicht relativiert werden. Es macht keinen Unterschied, ob sich dieser Terror gegen Israel oder andere westliche Staaten richtet. Die Anerkennungsempfehlung eines palästinensischen Staates durch einige Parlamente europäischer Staaten und das EU-Parlament, die Streichung der Hamas von der EU-Terrorliste und die Weigerung, die Hisbollah als Ganzes auf die EU-Terrorliste zu setzen, belohnen den islamistisch-antisemitischen Terror und zeugen von einer Politik der Beschwichtigung, die komplett gescheitert ist. Dazu die Vorsitzende des Jüdischen Forums, Lala Süsskind: "Der islamistisch-antisemitische Terror richtet sich gegen den Universalismus der zivilisatorischen Werte in allen freiheitlichen Demokratien. Eine umgehende Verständigung zur Bekämpfung von Antisemitismus auf europäischer Ebene und internationale Strategien gegen den islamistischen Terror ist daher dringend notwendig."

[1] <http://www.meforum.org/2649/anwar-al-awlaki-pray-allah-destroys-america>

[2] <http://www.nbcnews.com/storyline/paris-magazine-attack/paris-attack-suspect-trained-al-qaeda-yemen-u-s-officials-n282356>

[3] http://jfda.de/wp-content/uploads/2014/06/Berndt-Georg-Thamm_Manuskript_Terroranschlag_in_Brüssel_06_17.pdf

[4] <http://www.timesofisrael.com/kosher-supermarket-killer-told-tv-station-he-deliberately-targeted-jews/>

[5] <http://jfda.de/blog/2015/01/07/pm-terroranschlag-auf-presse-und-meinungsfreiheit/>

[6] <http://www.n-tv.de/politik/Der-Auszug-der-Juden-aus-Frankreich-article14296331.html>

Antisemitische Vorfälle bei LEGIDA-Demonstration

23.01.2015

Kein neues Phänomen der „Bewegung“

Am Mittwoch kam es in Leipzig bei der Kundgebung der LEGIDA zu antisemitischen Vorfällen. Die Erwähnung Michel Friedmanns im Redebeitrag von Jürgen Elsässer wurde von einem Teilnehmer mit „Juden raus!“ kommentiert. Weitere antisemitische Inhalte, wie der Schriftzug „Schluß mit der Lügenpolitik der Synagoge Satans“ auf einem Plakat, wurden zur Schau gestellt. Ein Großaufgebot der Polizei versuchte bei der für 40.000 LEGIDA-Anhänger angemeldeten Demonstration die Sicherheit aller Beteiligten zu gewährleisten. LEGIDA-AnhängerInnen gingen auf GegendemonstrantInnen und JournalistInnen los, nach Polizeiangaben kam es zu Handgemengen und Flaschenwürfen. Laut eines ZEIT-Blog-Eintrags sollen etwa 50 der letztendlich wohl nur 4.000 LEGIDA-DemonstrantInnen verumumt eine Gruppe Journalisten angegriffen haben. Dabei soll einer von ihnen „Scheiß Judenpresse“ geäußert haben.

Ein oft verwendeter Slogan bei PEGIDA- oder ähnlichen Kundgebungen ist „Lügenpresse“. Die Medienberichterstattung wird insgesamt als gesteuert und deshalb grundsätzlich als unglaubwürdig dargestellt. Bekannt ist der Begriff bereits aus der Zeit des Nationalsozialismus. Er wurde u.a. von Joseph Goebbels für die Diffamierung der ausländischen Presse („jüdisch marxistische Lügenpresse“) zu Propagandazwecken verwendet.

Bereits in dem von der ARD in ihrer Mediathek weitgehend in Rohfassung bereitgestellten Material, das für den am 18.12.2014 gesendeten PANORAMA-Beitrag über PEGIDA in Dresden verwendet wurde, hatte ein Demonstrationsteilnehmer der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Regierung die Souveränität abgesprochen, da die Politik von Tel Aviv und Washington aus gelenkt werde. Die US-amerikanische Regierung werde indes durch die AIPAC, eine proisraelische Lobbyorganisation, gelenkt. Auch bei einer gegen Einwanderung gerichteten Kundgebung in Marzahn-Hellersdorf Ende November in Berlin wurden die Mitglieder des RTL-Fernsehtams als „zionistisches Gesocks“ bezeichnet. Die Präsenz von Journalisten wurde auch hier teilweise mit „Verreck du Jude!“ aus dem Demonstrationzug kommentiert.

5. Meldungen

Rede des Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Abraham Lehrer, bei der Kundgebung „Zusammen stehen – Gesicht zeigen“

13.01.2015

“Gleichgültigkeit ist das Schlimmste.” In Gedenken an die Opfer der Terroranschläge, die vergangene Woche von radikalen Islamisten in Paris verübt wurden, versammelten sich am 13. Januar auf Einladung des Vorsitzenden des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Aiman Mazyek, tausende Menschen vor dem Brandenburger Tor in Berlin. Unter ihnen waren Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundespräsident Joachim Gauck, Botschafter u.a. Frankreichs und Israels, zahlreiche weitere Politiker und Vertreter der Religionsgemeinschaften.

Abraham Lehrer, Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland nahm in seiner Rede, nachdem er tiefe Trauer und Betroffenheit ausgedrückt hatte, ausdrücklich Abstand davon, “alle Muslime zu verdächtigen”. Dennoch sei es wichtig, die Augen nicht zu verschließen vor der “immer stärkeren Radikalisierung” in Teilen des Islam.

Die ganze Welt und Muslime im besonderen seien aufgerufen, sich dem entschieden entgegenzustellen und den vor allem unter jungen Muslimen verbreiteten Antisemitismus zu bekämpfen.

An die gesamte Gesellschaft gerichtet, appellierte Lehrer, die Sicherheit jüdischer Menschen und damit unserer Freiheit und Demokratie zu verteidigen.

“Die Terroristen fürchten unsere Freiheit! In Wahrheit sind sie es, die Angst haben. Sie sind schwach. Und wir sind stark. Deshalb werden wir gewinnen!”

Die vollständige Rede Abraham Lehrers ist auf der Internetpräsenz des Zentralrats der Juden in Deutschland verfügbar.

„Lügenpresse auf die Fresse“ (Meinungsartikel)

17.03.2015

Diese Drohung wurde gestern nach der BÄRGIDA-Demonstration in Berlin in die Tat umgesetzt: Nach der Kundgebung verfolgten HoGeSa-Aktivisten einen Journalisten, um ihn zu verprügeln. Die PEGIDA-Demonstrationen schaffen ein bedrohliches Klima.

Fast ist PEGIDA schon wieder aus den Zeitungen und aus den Köpfen verschwunden, wären da nicht noch die 7700 Menschen, die noch immer standhaft ihrer christlich-jüdischen Abendlandsvision die Stange halten. Mittlerweile scheint es so, als hätte der Aufstand der Besorgten an Brisanz verloren, nachdem sich das Führungspersonal von ihrem zuvor geschaffenen Vorposten verabschiedete. Spätestens aber nach den unrühmlichen Ausschreitungen bei der LEGIDA-Demo Ende Januar war es still um die Bürgerbewegung geworden.

Kameraden aktiv gegen Journalisten

Nun hält ein anderes Thema die Republik in Atem: Fast überall dort, wo eine rechte Szene existent ist, werden die Kameraden aktiv. Neben den Drohgebärden in Tröglitz, die den Ortsbürgermeister zum Rücktritt bewegten, und den Morddrohungen gegen die Linken-Politikerin Petra Pau, machen Neonazis massiv gegen unliebsame Journalisten mobil. In Leipzig wurde über Facebook um „Mithilfe bei der Selbstjustiz“ gegen einen Journalisten gebeten, der seit Jahren über die rechte

Szene berichtet. Der Vorwurf lautete sexuelle Belästigung von Kindern. Aus Dortmund kommen in diesen Tagen ebenfalls unangenehme Meldungen. Der Fotojournalist Marcus Arndt berichtete von einer Kundgebung gegen ein Flüchtlingsheim und wurde anschließend auf dem Heimweg mit dem Tode bedroht, mit Steinen beworfen und im Krankenhaus ambulant behandelt. Auch er wurde Opfer einer Anzeigen-Aktion im Februar, bei der Journalisten mit falschen Todesanzeigen bedroht wurden. Dabei wurde einem anderen „Brenne JUDE brenne“ mit auf den Weg gegeben. Diese Aktivitäten aus dem rechtsextremen Spektrum sind nicht neu, sie sind Methode. Lediglich die massive, selbstbewusste Mobilmachung gegen die Presse erregt gerade die Gemüter – und überrascht doch nur bedingt.

Von Jagdszenen wurde auch bei der genannten LEGIDA-Demo berichtet, bei der ein Pulk von etwa 50 verummten Abendlandrettern Journalisten angegriffen und sie mit „Scheiß Judenpresse!“ beschimpft haben sollen. Auch nach der gestrigen BÄRGIDA-Demo in Berlin wurde ein Journalist vor dem Hauptbahnhof von HoGeSa-Aktivisten verfolgt und angegriffen – auf vorherige Ansage: „Lügenpresse auf die Fresse!“ Der Ausruf „Lügenpresse“ dieser Kleingeister feierte mit dem Aufkommen der neuen „Wir-sind-das-Volk!“-sfront eine Renaissance. Dies ging so weit, dass sich Massenmedien in die Ecke gedrängt fühlten und sich letztlich sogar darauf einließen; dabei konnte schon geahnt werden, wohin die Reise geht.

Von Weltverschwörung und Sündenböcken

Denn bei PEGIDA wurde so lange gejammert, die Presse berichte nicht realitätskonform von den selbstausgerufenen Bürgerprotesten, bis sich das Team von PANORAMA dazu veranlasst fühlte, neben ihrem 7-minütigen Fernsehbeitrag 70 Minuten Rohmaterial in der Mediathek online zu stellen. Die krudesten Redebeiträge wurden ausgespart, wie das Geschwafel von jüdischen Lobbys, die die US-Regierung in der Tasche hätten, die selbst ja sowieso alle Fäden über die ganze Welt gesponnen hätte. Gesendet wurde die letzte Bemerkung eines Befragten, mit der er dem Journalisten seine Entlassung im Falle der Ausstrahlung des Kommentars nahelegte. So baute er die Front zwischen Eigengruppe und fremdbestimmter, zur funktionalen Faktenverdrehung unterhaltenen Presse auf, wofür der Begriff „Lügenpresse“ unter anderen Vorzeichen in die Propaganda des Nationalsozialismus institutionalisiert wurde. Auf der einen Seite das von allen geknechtete deutsche Volk, auf der anderen die „jüdisch-marxistische Lügenpresse“ (Goebbels): So wird der berichtende Journalist zum Agenten der jüdischen Weltverschwörung.

Die kapitalistische Logik, dass nur der Journalist seinen Job behält, der schreibt, zu hören oder zu sehen gibt, was auch gelesen, gehört oder gesehen – also verkauft – wird, muss freilich ausgeklammert werden. Sonst müssten die Probleme in widersprüchlichen Strukturen gesucht werden und nicht bei mehr oder weniger innovativ ausgemachten Sündenböcken. Heute werden VertreterInnen der Presse zum vermeintlichen Sprachrohr der als herrschend ausgemachten Klasse, die für sie jeden Aufwand betreiben würden, um den „kleinen Mann“ mit seinen Interessen, egal ob er um seine kleine Rente fürchtet, oder er doch sich lieber in einer deutschen Gemeinschaft ohne Ausländer sehen will, auch wenn manche vermutlich schon länger hier leben als er, klein zu halten. Und auch sie verfolgten in Leipzig JournalistInnen.

Auf bestem Weg in die Pogromstimmung

Von Kennern der Szene wird ein Vergleich zur Zeit der pogromartigen Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda vor 20 Jahren gezogen – nicht zu Unrecht. Heute werden darüber Filme im Fernsehen gezeigt, die vor Betroffenheit geradezu triefen. Und auf der anderen Seite werben auf Kundgebungen Menschen neben Neonazis für diffuse Ängste besorgter Bürger. Diesen allen ist die Presse ein Dorn im Auge. Bei den PEGIDA-AnhängerInnen, weil sie nicht als RetterInnen des Abendlandes, sondern als völkische NationalistInnen gezeigt werden und bei Neonazis, da sie nicht als das dargestellt werden wollen, als das sie der gesellschaftliche Konsens hält und halten muss. Dass die ersteren mit letzteren nichts miteinander zu tun haben, war und ist ein Trugschluss, bereitete die PEGIDA-Bewegung doch den Boden für die massiven Anfeindungen, Verfolgungsjagden und Todesdrohungen, die JournalistInnen und andere in den letzten Wochen und Monaten aushalten mussten. Es ist eben jenes Gedankengut, das vielerorts als Angst der Bürger

wahrgenommen wird und doch nur verfassungsfeindliches Ressentiment gegen die westliche Demokratie ist, zu deren integralen Bestandteilen die Pressefreiheit gehört. Sie haben das Klima geschaffen, in dem sich Rechtsextreme bewegen wie der sprichwörtliche Fisch im Wasser.

Tobias Messerer

Susette Wahren

Levi Salomon

Jüdisches Forum wird Mitglied im „Berliner Toleranzbündnis“ (BTB)

06.05.2015

Ein weiterer Regenbogenkuchen-Anschnitt fand in den Räumen der Partnerorganisation von MANEO, dem ‚Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA)‘, in Berlin-Mitte statt. An dem Event nahmen Benno Simoni, Vorsitzender der jüdischen Gemeinde Beit Haskala, André Puchta, Leiter der Presse und Öffentlichkeitsarbeit des Friedrichstadt-Palastes, Evelyn Stewich von der evangelischen Schulstiftung ‚Come in und Come out‘, und weitere Freundinnen und Freunde des JFDA teil – insgesamt eine bunte und fröhliche Runde. Gemeinsam setzten sie mit der Aktion ein Zeichen gegen Homophobie und Trans*phobie.

Anlässlich des Kuchenanschnitts hieß Bastian Finke, Leiter von MANEO, das Jüdische Forum als neues Mitglied im ‚Berliner Toleranzbündnis‘ willkommen. Er überreichte Lala Süsskind die Beitrittsurkunde. „Berlin ist eine weltoffene, bunte und tolerante Stadt. Dass dies so bleibt, dafür machen wir uns gemeinsam stark“, so Lala Süsskind, Vorsitzende des JFDA e.V.

Kiss Kiss Berlin

MANEO organisiert jährlich die Kampagne ‚Kiss Kiss Berlin‘, die am 21. März (Internationaler Tag gegen Rassismus) beginnt und am 17. Mai (Internationaler Tag gegen Homophobie und Trans*phobie) endet. ‚Kiss Kiss Berlin‘ wird von den Mitgliedern des ‚Berliner Toleranzbündnisses‘ (BTB) (www.berliner-toleranzbuendnis.de) unterstützt, die Aktion ‚Kiss Kiss Berlin – Regenbogenkuchen‘ insbesondere von der ‚Pink Pillow Collection‘ von Visit Berlin. Zahlreiche Hotels haben Regenbogenkuchen gebacken und MANEO gestiftet.

Zwischen dem 04. und 17. Mai werden insgesamt 21 ‚Kiss Kiss Berlin – Regenbogenkuchen‘ an repräsentativen Orten angeschnitten, u.a. im Auswärtigen Amt, im Berliner Abgeordnetenhaus, im Berliner Rathaus, in der Justizsenatsverwaltung, in der Landespolizeischule Berlin, im Rathaus Neukölln mit den Stadtteilmüttern, im Schwulen Museum, im Nachbarschaftsheim Schöneberg und im Wohnheim Zeughofstraße des Diakonischen Werkes, in dem Bürgerkriegsflüchtlinge und Asylsuchende wohnen.

Öffentliches Kiss-In am 17. Mai:

Jedes Jahr werden dafür andere Orte ausgewählt. Es sind Orte, an denen es in der Vergangenheit zu Übergriffen gegen Lesben, Schwule und Trans*personen gekommen war. Diese Orte stehen stellvertretend für alle anderen Übergriffe, zu denen es im letzten Jahr gekommen war. Hier rufen wir in unserer Stadt und in unserer Gesellschaft dazu auf, Liebe, Vielfalt und Toleranz zu achten und mit einem Kuss ein sichtbares Zeichen zu setzen:

- , 17. Mai, 14:00 Uhr: im Sparrpark (Wedding)
- , 17. Mai, 15:30 Uhr: am Kottbusser Tor (Kreuzberg)
- , 17. Mai, 17:00 Uhr: vor MANEO/ Mann-O-Meter (am Nollendorfplatz)

Lala Süsskind erhält Auszeichnung als Botschafterin für Demokratie und Toleranz 2015

27.05.2015

An 23. Mai jährte sich der Tag des Grundgesetzes und das Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) lud ein zu einem Festakt, um fünf Persönlichkeiten für ihr herausragendes, zivilgesellschaftliches Engagement auszuzeichnen. Etwa 600 Menschen waren gekommen, um der Feier im Haus der Berliner Festspiele beizuwohnen.

Eine der fünf ausgezeichneten Botschafter_Innen für Demokratie und Toleranz war in diesem Jahr Lala Süsskind, die Vorsitzende des Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. “Es ist das Lebenswerk von Lala Süsskind, dass wir in diesem Fall ehren”, sprach Laudator Staatssekretär Krings vom Innenministerium, als er den mit 5000 € dotierten Preis überreichte. “Und wir hoffen natürlich, dass dieses Lebenswerk noch lange nicht abgeschlossen ist”, setzte er fort.

Ein kurzer filmischer Beitrag fasste einige Stationen aus dem Leben der quicklebendigen Lala Süsskind zusammen. Als Tochter von Holocaustüberlebenden setzt sie sich aus tiefer Überzeugung für interkulturelle Vielfalt ein. Sie war u.a. ehrenamtliche Vorsitzende der zionistischen karitativen Frauenorganisation WIZO in Deutschland, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, ist Kuratoriumsvorsitzende des Lesben- und Schwulenverbandes Berlin-Brandenburg (LSVD) und Mitglied des Beirates von MANEO, Berlins schwulem Anti-Gewalt-Projekt.

Seit 2012 ist sie außerdem Vorsitzende des JFDA e.V. und setzt sich hier für politisch, rassistisch oder religiös Verfolgten ein, sowie für interkulturelle Vielfalt an Schulen.

“Ich bin stolz, dass meine Eltern mich nicht erzogen haben, dass Religion das a und o ist, sondern dass das die Menschen sind”, sagte Lala Süsskind in dem Videoeinspieler. “Das habe ich mitbekommen und das habe ich dann in meinem Leben auch so umgesetzt.”

Den kurzen Videoeinspieler zu Lala Süsskind finden Sie auf der Seite [youtube.com/watch?v=arFyaA5xCHU](https://www.youtube.com/watch?v=arFyaA5xCHU)

Allgemeines zur Preisverleihung gibt es unter buendnis-toleranz.de/service/presse/169498/presseinformationen-botschafter-fuer-demokratie-und-toleranz

Gratulation: TeBe ist Fußballmeister der Berlin-Liga

08.06.2015

Wir gratulieren dem Fußball-Traditionsverein Tennis Borussia Berlin zur diesjährigen Berlin-Liga-Meisterschaft und Aufstieg in die NOFV-Oberliga Nord. Tennis Borussia ist einer der Sportvereine, die sich aktiv und vorbehaltlos gegen Antisemitismus, Rassismus, Homophobie und andere Diskriminierungsformen einsetzen.

Wir wünschen dem TeBe-Fußballverein mit seinen engagierten Fans in der Saison 2015/16 viel Erfolg.

„Tod Amerika, Tod Israel, verdammt seien die Juden und Sieg dem Islam“ - Strafanzeige wegen Volksverhetzung von Lala Süsskind (JFDA)

15.07.2015

Am Samstag, dem 11. Juli, kam es anlässlich des Al-Quds-Tages auf der Qudstag-Demonstration

wie in den vergangenen Jahren zu mehreren antisemitischen Vorfällen. Ein jemenitischer Redner, „Saif al-Washali“, rief in arabischer Sprache vom Lautsprecherwagen „Tod Amerika, Tod Israel, verdammt seien die Juden und Sieg dem Islam“ (ab 19:46). Neben mehreren implizit antisemitischen Schmähungen von „Zionisten“ war dies explizit gegen Juden gerichtet.

Die Vorsitzende des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. und Botschafterin für Toleranz Lala Süsskind erstattete Strafanzeige wegen Volksverhetzung: „Jedes Jahr findet dieser antisemitische Marsch aufs Neue statt. Im Herzen Berlins dürfen wir antisemitische und antiisraelische Hetze nicht dulden und müssen aktiv gegen diese menschenverachtende Propaganda vorgehen“, so Lala Süsskind.

Zur gegen Israel gerichteten Propaganda gehörten Sprechchöre wie „Zionisten, Faschisten, Israel“ sowie die Zuschreibungen „Krebsgeschwür“ und „der Schuldige an allem Übel dieser Welt“. Des Weiteren waren auch in diesem Jahr wieder zahlreiche Hisbollah-Fahnen zu sehen. An mehreren Stellen des Demonstrationszuges wurde Hassan Nasrallah, der Generalsekretär der Hisbollah, bejubelt und ihm der Segen des Propheten Mohammeds gewünscht. Die Hisbollah im Libanon führt einen bewaffneten Kampf gegen Israel seit ihrer Gründung mithilfe der iranischen Revolutionsgarden Anfang der 1980er Jahre.

Außerdem wurde gegen die Zionisten- und Judenpresse sowie die USA gehetzt, die mit Saudi-Arabien angeblich den „Islamischen Staat (IS)“ eingesetzt hätten. Der IS und Saudi-Arabien sind sunnitische Kontrahenten des iranischen Regimes.

Abendspaziergang mit Bärigida

20.07.2015

Am Montag, dem 13. Juli trafen sich etwa 120 Bärigida-Anhänger (Berliner PEGIDA-Ableger) am Rande des Hauptbahnhofs, um gemeinsam zum 28. Abendspaziergang gegen die Islamisierung des Abendlandes aufzubrechen.

Für diesen Aufmarsch hatte sich eine repräsentative Auswahl an Rednern, Flaggenträgern und Publikum aus dem rechten Spektrum zusammengefunden.

Angekündigt war zum Beispiel eine Rede von Michael Stürzenberger aus München. Als Autor der islamkritischen, rechten Online-Plattform Politically Incorrect ist dieser für seine Islamhetze bekannt. Auch der Landesvorsitzende der Berliner NPD, Sebastian Schmidtke sprach auf der Versammlung, sowie der Versammlungsleiter Karl Schmitt.

Gut sichtbar waren die senfgelben Flaggen der neurechten „Identitären Bewegung“ aufgestellt. Diese Gruppe stammt ursprünglich aus Frankreich, versteht sich dort als metapolitischer und aktivistischer Arm der Neuen Rechten. Aktuell breitet sich die „Identitäre Bewegung“ in vielen europäischen Ländern aus.

Besonders gut zu hören waren die etwa 20 schwarzuniformierten, alkoholisierten Berliner Hooligans vom „Bund deutscher Hooligans“, die der HoGeSa (Hooligans gegen Salafisten) nahe stehen. Um die Hools bei Laune zu halten, wurde an der Bühne Freibier ausgeschenkt. Das Freigetränk unterstützte den Trupp der Trinker darin, regelmäßig ihren martialischen Schlachtruf auszustoßen. „Ahu, ahu, ahu!“ ertönte immer dann, wenn von der Bühne die Rede auf die Hooligans kam. Und weil die versammelte rechte Gemeinschaft den animalischen Schlachtruf so gerne hört, war die Erwähnung von Hools in den Redebeiträgen recht häufig.

Der NPD-Landesvorsitzende Sebastian Schmidtke lobte „die organisationsübergreifende Bewegung“, die mit den Hooligans in Köln begonnen habe. Und angesichts der stark vertretenen „Identitären Bewegung“ faselte Schmidtke im weiteren Verlauf von einer „europäischen Identität“. Dass es hier nicht um deutsche Identität ging, löste kaum Erstaunen aus, vermutlich weil unter den etwa 120 Versammelten ohnehin kaum jemand den Redebeiträgen folgte.

Während des Demonstrationzugs zum Brandenburger Tor kam es mehrfach zu Übergriffen von Teilnehmenden auf begleitende Journalisten die als "Lügenpresse" beschimpft wurden. Ein Video dokumentiert diese Vorfälle. [Bärgida Aufmarsch mit Schmidtke (NPD) und Stürzenberger (pi-news-Autor)]

Michael Stürzenberger, dessen Kommen schon vorab groß angekündigt wurde, hielt bei einer Zwischenkundgebung vor dem Brandenburger Tor eine hetzerische Rede. Bereits zu Beginn seiner Ausführungen ließ er keinen Zweifel, wohin die Reise gehen sollte. Den Islam bezeichnete er als "Feind der zivilisierten Menschheit". Den Kirchen warf Stürzenberger vor, mit dem Islam zu kollaborieren und vor ihm einzuknicken "genauso wie sie damals mit den Nazis kollaboriert haben."

Mehrfach bediente sich Stürzenberger sprachlich beim Antisemitismus. Flüchtlinge stellte er als "Wirtschaftsnormaden" dar, "die herkommen, um hier das Geld auszusaugen". An anderer Stelle sagte er, "der Islam ist wie ein Krebsgeschwür, das sich über alle noch freien Völkern dieses Planeten ausbreitet". Mit diesem Vokabular stellte sich Michael Stürzenberger an die Seite des Anmelders vom Al Quds Marsch, Jürgen Grassmann. Der hatte zwei Tage zuvor auf dem Kurfürstendamm in penetranter Wiederholung vom zionistischen Krebsgeschwür gesprochen.

Maccabi-Games: Gedenkfeier auf dem Maifeld

29.07.2015

Noch vor der offiziellen Eröffnung der Maccabi-Games fand am Dienstag, dem 27. Juli um 17:00 Uhr eine Gedenkfeier auf dem Maifeld im Olympia-Park statt. Die Tribüne des riesigen Maifeldes bot zu diesem Anlass ein farbenfrohes Bild. Dort wo die Nationalsozialisten Mai-Aufmärsche und andere Propaganda veranstaltet hatten, tummelten sich heute bunt gekleidete Sportlerinnen und Sportler, Juden und Nicht-Juden, Gäste und Presse, um der jüdischen Sportler zu gedenken, die in Deutschland und Europa erst gedemütigt, diskriminiert und später dann ermordet worden waren.

Justizminister Heiko Maas...

fand in seiner einführenden Rede klare Worte: „Deutschland hat sich an diesen Menschen doppelt versündigt: Erst hat es ihnen in der Nazi-Diktatur Ehre und Leben genommen, und nach 1945 dann hat es den jüdischen Spitzensportlern viel zu lange eine würdige Erinnerung versagt.“

Er selber erinnerte an den Fußballer Julius Hirsch, der im Trikot der Deutschen Fußball-Nationalmannschaft viele Tore schoss und 1943 im Konzentrationslager Auschwitz ermordet wurde. Er erinnerte an die Turner Alfred und Gustav Flatow, die zu den ersten Olympia-Siegern der Neuzeit gehörten und im Konzentrationslager Theresienstadt getötet wurden.

Und er gedachte Gretel Bergmanns, die 1936 erst den deutschen Rekord im Hochsprung aufstellte und wenig später aus der deutschen Olympia-Mannschaft ausgeschlossen wurde, weil sie Jüdin war. „Hitler hat ihr damals den Olympia-Sieg gestohlen, aber heute trägt eine Straße hier im Berliner Olympia-Park ihren Namen; und die Hauptstraße, die zum Stadion führt, heißt inzwischen Flatow-Allee, nach den toten Turnern aus Theresienstadt.“

Am Ende seiner Rede formulierte Maas zwei große Aufträge für unsere Gegenwart: „Wir müssen Antisemitismus entschlossen bekämpfen, und wir müssen alles tun, um dafür zu sorgen, dass Jüdinnen und Juden überall dort sicher leben können, wo sie es wollen – in Deutschland, in Israel und in aller Welt.“

Anschließend trat Margot Friedlander...

auf die Bühne. „Sport war mein Leben“, erzählte die 93-Jährige, die heute noch mit ihrer Autobiografie „Versuche dein Leben zu machen. Als Jüdin versteckt in Berlin“ unermüdlich Schulen besucht, um mit Jugendlichen ins Gespräch zu kommen und das Bewusstsein an die Verbrechen des Nationalsozialismus wach zu halten. „Heute finde ich ein neues Deutschland und eine neue Generation. Ich sehe es als meine Pflicht, den jungen Menschen von meiner Geschichte

zu erzählen“.

Anlässlich der kommenden Sportspiele erinnerte Friedlander besonders an ihren Bruder Ralph, der schon als kleiner Junge zu Makkabi Berlin gehört habe und dort bis zu seiner Ermordung in Auschwitz boxte.

Nach ihrer Zeit in Theresienstadt war Margot Friedlander mit ihrem Mann in die USA ausgewandert und besuchte Berlin erst wieder nach dessen Tod, im Jahr 1997. Nur wenige Jahre später zog sie für immer in diese Stadt zurück. Sie wünschte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern viel Erfolg und schloss ihre Rede mit den Worten: „Nehmen Sie das Gedenken an meinen Bruder mit in die Wettkämpfe. Auch er hat den Sport geliebt. Möge der beste gewinnen!“

Im Anschluss...

an die nachdenklichen Reden stimmte der Klarinetist Roman Kuperschmidt das hebräische Volkslied Hava Nagila an. Besonders das französische Sportteam war an diesem Punkt der Veranstaltung nicht mehr auf den Bänken zu halten. Sie sprangen auf, sangen begeistert mit und stimmten anschließend noch weitere bekannte, jüdische Lieder an.

Mitten im Singen setzte ein Wolkenbruch ein, der sofort rege Betriebsamkeit unter Publikum und Presse auslöste. Da wurde mit Regencapes, Schirmen und Mänteln hantiert oder die Flucht unter schützende Dächer angetreten.

Zum Abschluss der Gedenkveranstaltung sprach Rabbi Yitshak Ehrenberg das Kaddish-Gebet.

Ein Feuerwerk der jüdischen Kultur – Maccabi Chai

31.07.2015

Die 14. Europäischen Makkabi-Spiele in Berlin sind eröffnet und finden derzeit zum ersten Mal in ihrer Geschichte in Deutschland statt. Hier in Berlin treten noch bis zum 5. August mehr als 2000 Sportlerinnen und Sportler aus 36 Ländern in 19 Sportarten gegeneinander an. Mit viel Musik und Unterhaltung, nachdenklichen Reden und einem Feuerwerk fand am vergangenen Dienstag die große Eröffnungsfeier in der Waldbühne statt.

Die Anfänge

Gegen 20:00 Uhr füllten sich langsam die Plätze. Die Sitze waren noch nass vom letzten Regenschauer und die ausgelegten Infokataloge „Maccazine“ wellten ihr feuchtes Papier. Rasch war ein Blick hineingeworfen und einige Details über die jüdische Sportbewegung Makkabi (englisch Maccabi) gelesen. Makkabi-Sportvereine gibt es seit 1885. Im Jahr 1898 entstand der Berliner Verein. Die Europäischen Maccabi Games wurden das erste Mal im Jahre 1929 in Prag abgehalten. Nazi-Deutschland und Antisemitismus führten zu einer dreißigjähriger Unterbrechung. Erstmals wurden die Europäischen Makkabi-Spiele dann wieder 1959 in Kopenhagen ausgetragen. 56 Jahre später finden die Makkabi-Spiele also zum ersten Mal wieder in Berlin statt.

Buntes Potpourrie von Ländern und Kulturen

Nun betrat Palina Rojinski die Bühne, eine deutsche Schauspielerin russisch-jüdischer Herkunft, die den Eröffnungsabend zusammen mit dem israelischen Hörfunk- und Fernsehmoderator Yigal Ravid moderierte und die etwa 8000 anwesenden Gäste begrüßte.

Den ersten musikalischen Auftritt lieferte der Berliner Moslem Adel Tawil, dessen Eltern aus Nordafrika stammen und der sich mit dem Song „Du bist vom selben Stern“ mit dem Herzschlag des Publikums verband. Es folgte ein gemeinsamer Auftritt Tawils mit dem amerikanisch-jüdischen Sänger Matisyahu, der in den USA den Begriff des „Chassidischen Reggae“ prägte. Da verband sich das nordafrikanische Berlin mit der Synthese aus Moderne und traditionellem Judentum. Ein Auftritt, der begeisterte.

Die Nationen begegnen sich

Nächster Höhepunkt der Feierlichkeiten war der Einmarsch der Sportlerinnen und Sportler, die in

ihren bunten Trikots, farbigen Luftballons und jeweiliger Landesflagge unter großem Applaus und Jubel des Publikums einliefen. Da gab es große und ganz kleine Teams. Zu den großen zählten Frankreich, Großbritannien, die USA, Russland und auch die Türkei. Deutschland war mit 376 Teilnehmenden die stärkste Mannschaft. Bemerkenswert fiel der Einzug von Irland und Georgien aus, die mit jeweils nur einem einzigen Vertreter zu den Winzlingen unter den teilnehmenden Nationen gehörten.

Für riesigen Jubel sorgte das amerikanische und das deutsche Team. Da hielt es besonders die jungen Fans nicht mehr auf ihren Sitzen. Sie stürmten von allen Rängen nach vorne zur Bühne, um ihre Lieblingssportler und Idole persönlich mit Handschlag zu begrüßen. Es gab zwischenzeitliches Gerangel zwischen Presse und den dreikäsehohen Fans, weil die Kids in ihrer ungebremsen Euphorie den Kameras die Sicht versperren. Die Ordner gaben schließlich auf, für Ordnung zu sorgen, denn die kindliche Leidenschaft war nicht in den Griff zu bekommen.

Das deutsche Team quittierte den Jubel des Publikums, indem es Trikots in das Publikum warf. Nicht jede, die so ein T-Shirt an den Kopf bekam, war darauf eingestellt.

Schirmherr Joachim Gauck

Über die Ankunft der mehr als 2000 Athleten war es dunkel geworden und die Ränge der Waldbühne mit den feiernden Sportteams gut gefüllt. Nach dem Auftritt eines 50-köpfigen deutsch-israelischen Jugendorchesters folgte die Rede des Bundespräsidenten Joachim Gauck, dessen deutsche Worte in englischer Übersetzung auf die Bühne projiziert wurden. Die jüdische Sportbewegung sei nach Hause gekommen, sagte Gauck darin, denn die Makkabi-Spiele hätten vor dem Krieg schließlich in Deutschland ihren Anfang genommen: „In gewisser Weise ist Makkabi damit zu seinen Wurzeln zurückgekehrt, ‚Maccabi’s coming home‘ kann man vielleicht sogar sagen.“

Es lebe Makkabi

Im Anschluss sprach Alon Meyer, der Präsident von Makkabi Deutschland. Er arbeitete in seiner langen Rede heraus, dass der Antisemitismus in Deutschland die Entstehung der Makkabi-Bewegung nötig gemacht habe. „Längst vor dem staatlich verordneten Antisemitismus wurden jüdische Mitglieder mehr und mehr von Sportvereinen ausgeschlossen oder dort als Mitglieder zweiter Klasse behandelt.“

Und er betonte die positive Entwicklung des Verhältnis zwischen Juden und Deutschland auch auf sportlicher Ebene. Man habe sich bei den Makkabi-Spielen 1969 in Israel geschämt, die deutsche Flagge zu tragen. „Für unsere Sportler ist es kein Thema mehr, in den Nationalfarben Deutschlands einzulaufen. Denn sie sind mit Deutschland tief verwurzelt.“

Er beendete seinen halbstündigen Beitrag mit dem Moment, auf den zuletzt viele gewartet hatten: „Lasst die Spiele beginnen. Es lebe Makkabi. Makkabi Chai.“

Im Herzen sind wir alle vereint...

Der Präsident des Zentralrats der Juden Josef Schuster schloss die Reihe der Redebeiträge mit dem Grundsatz: „Wir zünden ein Feuerwerk der jüdischen Kultur, ein Feuerwerk der Gefühle, ein Feuerwerk der Rekorde... Wir wetteifern in den sportlichen Disziplinen, doch im Herzen sind wir alle vereint.“

Hatikwa, Entzünden der Flamme und viel Musik

Mit dem Singen der Hatikwa erwachte das Publikum zu neuem Leben. Es folgte ein weiterer Höhepunkt, als das Makkabi-Feuer direkt aus Israel auf der Bühne einfuhr. Eine Gruppe aus 20 Motorradfahrern hatte die Flamme nach Berlin gebracht. Wie bei den Olympischen Spielen wird auch bei den Maccabi Games das Feuer nun während der gesamten Dauer brennen.

Mit Feuerwerk, Dana International, Halleluja und Nadav Guedj endete ein sehr genüsslicher und unterhaltsamer Abend in starker Gemeinschaft.

Ausstellung am Hauptbahnhof: Zwischen Erfolg und Verfolgung

31.07.2015

Parallel zu den Europäischen Makkabi-Spielen gibt es aktuell eine Ausstellung auf dem Washingtonplatz vor dem Berliner Hauptbahnhof zu sehen, die herausragende deutsch-jüdische Sportlerinnen und Sportler aus der Zeit vor der Herrschaft der Nationalsozialisten vorstellt. 1933 wurden diese zunehmend aus den Vereinen ausgeschlossen.

Die Ausstellung besteht aus verschiedenen, überlebensgroßen Plastikskulpturen, die Sportler in Aktion zeigen. Sechs der ausgestellten Athleten wurden im Holocaust ermordet oder in den Suizid getrieben, wie zum Beispiel die Berliner Tennisspielerin Nelly Neppach. Diese war über ihren Ausschluss aus Tennis Borussia so erschüttert, dass sie sich im Mai 1933 das Leben nahm. Auf der Rückseite ist die jeweilige Biografie vermerkt und mit einigen privaten Fotografien versehen. Anhand der QR-Codes lässt sich weitere Details zum Leben der Sportler und Sportlerinnen erfahren. Die Ausstellung ist frei zugänglich und noch bis zum 16. August zu sehen.

Das „Pack“ und seine Sympathisanten (Meinungsartikel)

27.08.2015

Die Bundesrepublik erlebt derzeit die massivsten fremdenfeindlichen Exzesse seit 20 Jahren. Überraschend ist das nur bedingt: Pegida und seine Ableger machen seit Monaten Stimmung gegen Flüchtlinge. Rechtsextremisten handeln nun.

Same procedere as every Monday. Wie in den Wochen und Monaten zuvor war Montag wieder Bärigida-Tag. Jener Wochentag, an dem der verfassungsfeindliche Berliner Ableger der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) die Zivilgesellschaft und Polizei auf Trab hält.

Die Anzahl der Anwesenden auf dem Washingtonplatz rutschte dieses Mal auf unter Hundert. Unter Umständen könnte von einem positiven Zeichen gesprochen werden – allein die gegenwärtigen Verhältnisse verbieten dies, zeigt sich die rechte Szene nahezu überall im Lande aktuell besonders aktiv: Brandanschläge auf geplante Heime für Menschen, die eine wochenlange lebensgefährliche Odyssee hinter sich haben, mehrtägige rechtsextreme Randale vor einer Flüchtlingsunterkunft in Heidenau bei Dresden, Attacken auf Flüchtlinge in öffentlichen Verkehrsmitteln und auf offener Straße. All dies beherrscht neben den Berichten von tragischen Flüchtlingsschicksalen die derzeitigen Schlagzeilen.

In Berlin ging es Bärigida diesmal gemüthlicher an. In der Vorwoche provozierten noch die Teilnehmenden des Aufmarsches mit dem Grölen von „Deutschland, Deutschland über alles“ direkt vor dem Mahnmahl auf der Moabiter Putlitzbrücke, das an die Deportation der Berliner Jüdinnen und Juden nach Auschwitz erinnert. Zweite Pikanterie dabei: es war ausgerechnet der Todestag des NS-Kriegsverbrechers Rudolf Heß, den die Rechten bis vor ein paar Jahren regelmäßig für ihre NS-verherrlichenden Aufmärsche nutzten.

Die Bärigida-Kundgebung begann eine Viertelstunde verspätet. „Mario“, einer der Hauptagitatoren von Bärigida, wies in seiner halbstündigen Rede lupenrein nach, dass Adolf Hitler im Grunde seines Herzens ein Ur-Linker gewesen seien soll. Ellenlang begründete er seine abstrusen Thesen, wohingegen er zu den aktuellen rechtsextremen Krawallen in Heidenau freilich nichts sagte.

Der Rassismus hat Geschichte

Ihr seid das Volk, Ihr seid Rostock-Lichtenhagen (Archiv-Foto)Heidenau fand ziemlich genau am 23. Jahrestag der pogromartigen Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen statt, die Deutschland zwischen dem 22. und 26. August 1992 in Atem hielt. Sie galten über zwei Jahrzehnte als die massivsten fremdenfeindlichen Angriffe der deutschen Nachkriegsgeschichte. Damals wütete der rassistische deutsche Mob auch in Hoyerswerda, Solingen und Mölln. Heute sind es weitaus mehr

Orte, in denen ähnliche Zustände zu beobachten sind. Da stecken Rassisten – zumeist noch – unbewohnte Gebäude in Brand und eine handreichende kleinbürgerliche Anwohnerschaft steht hinter den mordbrennenden Rechtsextremisten.

Der Terror und seine Sympathisanten

Diese Brandanschläge gegen geplante Flüchtlingsheime sind nichts anderes als Terror. Terror, der sich in den meisten Fällen vordergründig gegen Objekte, hintergründig aber gegen Menschen richtet, die in Deutschland Schutz vor Krieg, Vertreibung und Verfolgung suchen. Pegida, Thügida, Bärigida und die anderen *gidas sind die sympathisierenden Organisationen dieser Brandstifter.

Ist es angemessen, diese Sympathisanten als Unterstützer von Terroristen zu bezeichnen? Auf ihren Facebook-Seiten verbreiten sie jedenfalls eine Übersichtskarte mit geplanten und bestehenden Flüchtlingsunterkünften. Unentwegt wird bei den Demonstrationen und Kundgebungen gegen Flüchtlinge gehetzt. Bündnisse zwischen sogenannten Rechtspopulisten, Holocaustleugnern, Nazis, Neu-Rechten und Islamhassern – all das ist heute in Berlin kein Problem mehr.

Anything goes bei Bärigida

Da schwenkt “Bea” ihre rote Türkisfahne mit Halbmond und Atatürk, “André” bzw. “Dirk Uwe” halten die blaue Fahne der antisemitischen Europäischen Aktion des Holocaustleugners Bernhard Schaub in die Höhe. Und die Identitäre Bewegung feixt spitzfindig ins Mikrofon, dass natürlich kein Mensch illegal sei. “Aber der Aufenthalt ist illegal.”

Einige Hool-Frauen sind zu diesem Zeitpunkt schon so betrunken, dass sie den linken Gegendemonstranten zurufen: “Fickt Eure Eltern.” Und: “Eure Eltern sind Geschwister.” Alles so unaufgeregt wie jeden Montag.

Die Politik ist gefragt

Was machen angesichts dieser zugespitzten Problematik eigentlich die Politik, die Sicherheitsbehörden und die Zivilgesellschaft?

Letztere stellt sich in ihrer Mehrheit schützend vor die geflüchteten Menschen. Rund um die aus dem Boden sprießenden Notunterkünfte entwickeln sich überall Unterstützerbündnisse, die auf die Heimbewohner zugehen und sie offenherzig empfangen. Sie bieten Sprachkurse an, sammeln Spielsachen und Kleidung, organisieren Kochkurse und andere Aktivitäten. Kurz: Sie setzen viel Kraft, Zeit und Geld ein, um den Flüchtlingen ein Zeichen des Willkommens zu geben. Die, die da ihre Freizeit opfern, haben glücklicherweise ihre Ohren für das dumpfe Vorurteilsgeschwätz der Montagsrassisten verschlossen. Dass Asylbewerber gefährlich und kriminell seien, geht bei ihnen zu Recht auf der einen Seite rein und wieder raus. Es gibt schlicht keine Hinweise darauf, dass Flüchtlinge öfter straffällig werden als andere Menschen. Im Gegenteil, schreibt Pro Asyl auf seiner Homepage: “Für Jugendliche mit Migrationshintergrund ist das sogar wissenschaftlich widerlegt”.

Tatsache ist, Bärigida bietet jedem noch so irrem Vorurteil eine Bühne: “New World Order”, “Bilderberger”, bevorstehender “dritter Weltkrieg”, bezahlte Antifaschisten oder die “fehlende Souveränität Deutschlands”. Glaubte man im vergangenen Jahr noch, die Montagsmahnwächler für den Frieden seien das ultima ratio des Verschwörungsglaubens, so kann man sich derzeit, angesichts des Themenspektrums von Bärigida, eines Besseren belehren lassen.

Nach anfänglicher Zurückhaltung und Dialogangeboten einiger politischer Akteure mit Pegida und Co. ist man auf der Ebene von Politik und Sicherheitsbehörden auch auf Grund der zahlreichen Angriffe auf Flüchtlinge und deren Unterkünfte inzwischen aufgeschreckt und sensibilisiert. So vergeht derzeit kein Tag, an dem die rechte Hetze von prominenter Seite auf’s Schärfste verurteilt wird. Trotz Anfeindungen lassen es Schauspieler wie Til Schweiger und Parteivorsitzende an klaren Worten nicht mehr missen. Und selbst Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundespräsident Joachim Gauck üben aktiven Beistand mit Menschen, die hoffen, in Deutschland eine Zukunft zu finden.

Schmitt/Wahren

Sieben Jahre Berliner Kinderdenkmal am U-Bahnhof Friedrichstraße

07.09.2015

In der Georgenstraße/Ecke Friedrichstraße steht ein Denkmal des israelischen Künstlers Frank Meisler. Es zeigt fünf Kindergestalten in dunkler Bronze, die Richtung Osten aufbrechen. Etwas entfernt stehen zwei Kinderfiguren mit Koffern in hellem Kupfer, vor denen Eisenbahnschienen in die entgegengesetzte Richtung laufen. Die Skulptur trägt den Namen „Züge des Lebens – Züge in den Tod“.

Die größere Figurengruppe steht für die zwei Million Kinder, die im Nationalsozialismus in Konzentrationslager deportiert und ermordet wurden. Die kleinere zeigt jene Kinder – meist jüdische Kinder aus Deutschland, Österreich, Tschechien und Polen – die in den Monaten nach dem Novemberpogrom 1938 nach England einreisen und durch die Kindertransporte gerettet werden konnten.

Seit sieben Jahren lädt die Organisation Kindertransport e.V. am 1. September zu einer Veranstaltung vor dem Kinderdenkmal ein, um an die Rettungsaktion in den Jahren 1938-39-40 zu erinnern.

„Es waren etwa 12.500 Kinder, die nach dem 30. November 1938 in die Freiheit führen und so überleben konnten“ führte Lisa Sophie Bechner, die Vorsitzende der Kindertransport Organisation Deutschland e.V., in die Gedenkveranstaltung ein. „Diese Kinder führen ohne Eltern in ein Land, dessen Sprache und Kultur sie nicht kannten.“ Die meisten Kinder sahen ihre Eltern nie wieder, denn diese fanden im Holocaust den Tod. Beim Abschied am Schlesischen Bahnhof und in Charlottenburg wussten die Kinder zumeist nicht, was ihnen geschieht. „Wir kommen bald nach,“ hatten die Eltern getröstet. Eine Notlüge, die das Überleben der Kinder sicherte. Karitative Organisationen und Kirchen besonders in England hatten diese Rettungsaktion ermöglicht.

Viele Offizielle waren an diesem Dienstag zur traditionellen Gedenkveranstaltung erschienen, um mit nachdenklichen Worten an die tiefe Menschlichkeit zu erinnern, die durch jene Kindertransporte sichtbar wird. Zunächst richtete Nick Pickard von der britischen Botschaft ein Grußwort an die Gäste. Er bezeichnete die Rettung der Kinder als ein „leuchtendes Symbol für Menschlichkeit in schlimmer Zeit“.

Ein Satz von der Streicherserenade Antonin Dvoraks, gespielt von einigen Schülern des Kammerorchester des Berliner Händelgymnasiums, ließ die Worte des Briten nachwirken.

Anschließend stellte die Vizepräsidentin des deutschen Bundestages Petra Pau eine nüchterne Verbindung in die heutige Zeit und in das Jahr 2015 her, in dem weltweit eine erschreckende Anzahl Menschen auf der Flucht sind und in Deutschland Flüchtlingsheime brennen. Ihre Worte waren sehr klar: „Es liegt in unserer Verantwortung, dass wir es nicht zulassen, wenn gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sich immer enthemmter entlädt!“, forderte sie auf. Gleichzeitig dankte sie jenen Bürgerinnen und Bürgern, die sich einer solchen Stimmung aktiv entgegenstellen. Petra Pau schloss mit einer Frage der Schriftstellerin Gerti Spieß, „Was ist des Unschuldigen Schuld – wo beginnt sie?“ Und ließ sie auch gleich antworten: „Des Unschuldigen Schuld beginnt da, wo er gelassen, mit hängenden Armen schulterzuckend daneben steht, den Mantel zugeknöpft, die Zigarette anzündet und spricht: Da kann man nichts machen. Seht, da beginnt des Unschuldigen Schuld.“

Margarete Koppers, Vizepräsidentin der Berliner Polizei, klärte die etwa 50 anwesenden Zuhörenden darüber auf, warum sich viele junge Polizistinnen und Polizisten in Uniform unter den Gästen befanden. Mit der Aufstellung des Mahnmals 2008 übernahm die Landespolizeischule Berlin die Schirmherrschaft über die Skulptur. Seit dem steht die Veranstaltung „unter dem besonderen Schutz der Polizei,“ erläuterte Koppers und erzählte, dass eine Ausbildungsklasse vor Jahren in Liverpool ein ähnliches Denkmal besucht habe. Alle waren damals so sehr beeindruckt,

dass „wir es seitdem als besondere Verantwortung der Polizei sehen, jedem Antisemitismus entgegenzuwirken.“

Mit einem weiteren Satz aus Dvoraks Streicherserenade und einem kurzen abschließenden Wort der Moderatorin Lisa Sophie Bechner endete die Veranstaltung.

Wer sich weiter über die Geschichte der Kindertransporte informieren möchte, hat am 10. September dazu die Gelegenheit. Dann nämlich läuft um 18:00 Uhr in der tschechischen Botschaft (Wilhelmstraße 44, in Berlin-Mitte) der Dokumentarfilm „Sir Nicky – Held wider Willen“, der zu Ehren von Nikolas Winter gezeigt wird. Dieser ist vor einigen Wochen im Alter von 106 Jahren verstorben. Ihm gelang es 1939, mit sieben Kindertransporten fast 700 Kindern aus der Tschechoslowakei zu retten.

Morddrohung gegen Journalisten auf BÄRGIDA-Demo

08.09.2015

Auf der Kundgebung am Brandenburger Tor am 07.09.2015 wurden Journalisten bedrängt, bei ihrer Arbeit behindert und mit dem Tod bedroht.

Auf der BÄRGIDA-Demonstration am 07.09. wurde einem unserer Journalisten der Tod angedroht: „Ein Bild im Internet und du bist ein toter Mann, 100%ig, du bist ein toter Mann, wir kriegen dich.“ Kurz zuvor wurde ein anderer Fotojournalist bedrängt, indem ein Rechtsradikaler mit szenenüblicher Thor-Steinar-Kleidung immer weiter auf ihn zuschritt. Bereits in der Vergangenheit kam es auf BÄRGIDA und anderen PEGIDA-Ableger-Kundgebungen zu Drohungen bis zu tätlichen Übergriffen auf JournalistInnen. Das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) e.V. machte bereits darauf aufmerksam (vgl. PM und Artikel), öffentlich-rechtliche Sender berichteten ebenfalls über diese Vorfälle. Das JFDA e.V. führt regelmäßig unabhängiges Monitoring über antisemitische, rassistische und homophobe Vorfälle durch. Es analysiert und bewertet das aktuelle Geschehen, gesellschaftliche Debatten und Tendenzen.

„Wo die Pressefreiheit bedroht ist, ist ebenso die freie Meinungsbildung und damit die Meinungsfreiheit bedroht“, so Lala Süsskind, Vorsitzende des JFDA: „Seit diese Leute auf die Straßen gehen, versuchen sie, Journalistinnen und Journalisten einzuschüchtern und drohen ihnen – diesmal einem von uns – sogar mit dem Tod.“

Erst am 3. September wurde das Redaktionsgebäude der Hersfelder Zeitung (Bad Hersfeld, Hessen) mit „Lügenpresse“ und „No Asyl“ besprüht. Der Schlachtruf „Lügenpresse“ oder „Lügenpresse auf die Fresse“ gehört seit der ersten Stunde zu den Aufmärschen von PEGIDA und seinen Ablegern. Er erfuhr historisch vor allem in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus viel Popularität, u.a. sprach Joseph Goebbels von der „jüdisch-marxistischen Lügenpresse“. In Redebeiträgen der PEGIDA(-Ableger) wird oftmals von einer gesteuerten Berichterstattung gesprochen, welche die KundgebungsteilnehmerInnen diskreditieren sollte. Seit diesen Demonstrationen tritt die rechte Szene selbstbewusster auf, was sich auch in den Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte zeigt.

Buchvorstellung: Jüdisches Selbstverständnis nach der Shoa und der Staatgründung Israels

07.10.2015

Die Gründung des jüdischen Staates Israel und das schreckliche Geschehen der Schoah sind den meisten Menschen mehr oder weniger bekannt. Kaum aber weiß man, was diese beiden Geschehnisse für das Bewusstsein, für die Identität der jüdischen Menschen in Israel und in der Diaspora bis heute bedeuten. Selbst Professoren, und Politiker glauben, man könne über Juden und

Judentum heute noch sprechen und denken wie in der Zeit vor dem Zionismus und der Schoah. Das Judentum ist für viele noch immer nur eine Religion wie das Christentum oder der Islam, die man aus der Bibel oder der nachbiblischen Literatur kennt, die Religion der Minderheit, die sich in Demut unter der Mehrheitsmeinung beugt und die ihren Platz in der Synagoge oder im jüdischen Haus hat. Dass Judentum auch politische Dimensionen haben kann und hat, dass Juden ein Staatsvolk sein können, dessen Mitglieder ebenso in einer weltweiten Diaspora leben – die nun nicht mehr Exil heißt –, all das sind Dimensionen, die man im öffentlichen Urteil gemeinhin nicht mit Judentum verbindet. Dies ist einer der Gründe weshalb der jüdische Staat weltweit mit anderen Maßstäben als jeder andere Staat dieser Erde gemessen wird. Es wird von den israelischen Politikern ein Verhalten gefordert wie man es eben von den Synagogen der gehorsamen Minderheit her kannte, nicht aber wie die Politik anderer Staaten beurteilt wird.

Mit all diesen Missverständnissen und Fehlmeinungen räumt Karl E. Grözingers vierter Band seines Jüdischen Denkens auf, der dem Zionismus und der Schoah gewidmet ist. Wie in den vorangegangenen Bänden geht es hier nicht um die Geschichte des Judentums, sondern um das Denken, um Religion, Theologie, Philosophie und Mystik, also darum, was die Juden über sich und über die Welt dachten und denken. Es geht um das jüdische Selbstverständnis, nicht zuletzt im Verhältnis aller Juden weltweit zum Staat Israel.

Liest man die in diesem Band vorgestellten Gedanken sehr unterschiedlicher Denker, die dem religiösen wie auch dem säkularen Lager zugehören, so wird man bald feststellen, dass man sein überkommenes Bild vom Judentum für die Gegenwart einer gründlichen Revision unterziehen muss. Die Schlussfolgerungen aus den beiden so unterschiedlichen, ja sich widersprechenden geschichtlichen Ereignissen, weisen in eine erstaunlich ähnliche Richtung und nicht wenige der hier vorgestellten Denkweisen sehen in ihnen zwei komplementär miteinander verbundene Geschehnisse, die im Nachhinein unzertrennbar sind und als solche jüdisches Bewusstsein im Staat Israel wie in der Diaspora prägen müssen.

Der zentrale Gedanke ist, wie dies Moses Hess (1812-1875), Vater der deutschen Sozialdemokratie und des Zionismus, beispielhaft formulierte: Wir werden das Judentum wieder in das Gleis der Weltgeschichte heben. Der andere große Zionist, Achad Haam (1856- 1927), meinte, das Gebot der Stunde sei, den Glauben und die Hoffnung der Juden vom Himmel herunterzuholen und sie in lebendige, reale Kräfte umzusetzen. Erstaunlicherweise reagierte das jüdische Denken auf den Genozid am europäischen Judentum in ähnlicher Weise wie die Zionisten. Theologisch formuliert sagen selbst orthodoxe Rabbiner, dass aus der ins Extreme gesteigerten Selbstverbergung Gottes während der Schoah nur eine Konsequenz gezogen werden kann, nämlich gewachsene Selbstverantwortung des jüdischen Volkes für sein eigenes Schicksal. In diesem Punkt treffen sich so unterschiedliche Denker wie der orthodoxe Irving Yitzchak Greenberg (geb. 1933) und Eliezer Berkovits (1908-1992) auf der einen und die Philosophen Emmanuel Lévinas (1905-1995) und Hans Jonas (1903-1993) auf der anderen.

Die Zionisten haben die passive Messiaserwartung aufgegeben und fordern, das jüdische Schicksal – mit Hilfe von befreundeten Großmächten – in die eigenen Hände zu nehmen. Auch dafür treten orthodoxe Rabbiner wie den serbischen Jehuda Alkalai (1798-1878) oder der erste aschkenasische Oberrabbiner Palästinas Avraham Jizchak Kuk (1865-1935) ein, beide Begründer und Vertreter eines „religiösen Zionismus“, welche mit dem Warten auf den Messias gebrochen haben und die säkularen, ja sogar religionsfeindlichen, Aktivitäten der zionistischen Pioniere dennoch guthießen oder sie gar forderten und für sie sogar den Begriff des „Beginns der Erlösung“ prägten.

Das Buch von Grözinger stellt die zionistischen Denker jedoch nicht als Einheitsfront politischer Aktivisten dar, sondern sehr differenziert. Es zeigt, dass die herausragenden Vertreter des Zionismus ihre Aufrufe zum selbstbestimmten Handeln mit Hilfe sehr unterschiedlicher Philosophien und Menschenbilder begründeten. So war Theodor Herzls (1860-1904) „politischer Zionismus“ nicht einfach Machtdenken oder blanker Kolonialismus, sondern in den deutschen staatsphilosophischen Konzepten seiner Zeit verankert, denn diese glaubten, menschliche Selbsterfüllung und Glück könne nur in einem Staat gefunden werden. Demgegenüber war der kulturzionistische Ansatz von Achad Haam, dem sich auch Martin Buber verschrieben hatte, den neuen Konzeptionen der damals

noch jungen Soziologie eines Herbert Spencer oder John Stuart Mill verpflichtet.

Ganz andere Ziele verfolgte der aus Russland kommende Ahron David Gordon (1856-1922), dem es vor allem um eine Selbstfindung des jüdischen Individuums ging, das seinerseits die Nation mitgestalten sollte. Gordon war in seinem Denken tief von deutschen Philosophen wie Max Stirner und Friedrich Nietzsche beeinflusst, wodurch sein Zionismus wie auch der von Herzl und den anderen vorgestellten Autoren modernes Denken ihrer Zeit war, eine Tatsache, die man in der gegenwärtigen Debatte zwischen den Befürwortern des Zionismus und seinen Kritikern gerne vergisst. Es ist dieses Vergessen oder Nichtwissen, das die modernen, vielfach ablehnenden, Urteile über den Zionismus und den „zionistischen Staat“ Israel so schmerzlich prägt, wie auch das Vergessen seiner Ursachen, nämlich die stets unsichere Situation der Juden, selbst da, wo sie sich – wie nach der Emanzipation – sicher wähnten, eine Situation die sich nach der Einschätzung des Jerusalemer Philosophen Eliezer Schweidt bis heute nicht prinzipiell veränderte. Als Kontrast dazu lässt das Buch von Grözinger auch Kritiker des Zionismus zu Worte kommen, solche, die mitten aus der Bewegung sprachen aber auch diejenigen, die sich in der vermeintlich so sicheren Gegenwart wähnen.

Das Nachdenken über die Schoah hat sich in erster Linie mit der Theorie der Abwesenheit und Untätigkeit des Gottes Israels auseinandergesetzt. Die erste und am meisten plausible Reaktion war die des amerikanischen Theologen Richard L. Rubenstein (geb. 1924), der den Tod Gottes verkündete, allerdings sah auch er immer noch eine Möglichkeit eines differenzierenden und fortgesetzten Glaubens. Andere jüdische Denker wie Emil Fackenheim (1916-2003), Irving Greenberg und Eliezer Berkovits haben eine Neudefinition der Präsenz Gottes in der Geschichte, oder einer Neuformulierung des jüdischen – wie christlichen – Glaubens gefunden, der mehr den geschichtlichen Realitäten entspricht. Wo man die Glaubensfrage angesichts des Geschehenen nicht mehr stellen konnte und wollte, stellte sich das Problem, wie man jüdisches Leben noch als jüdisch geprägt verantworten, erhalten und fordern kann, ohne über sich und seine Nachkommen erneut das Damoklesschwert zu bringen. Es stellte sich außerdem die Frage, worin der Sinn solch jüdischen Lebens überhaupt noch bestehen könne. Auch hier suchten die jüdischen Nach-Schoah-Denker nach Antworten, die in heutiger Zeit verantwortbar sind. Sie taten das in vollem Bewusstsein entgegen den traditionellen Auffassungen, welche das Unglück der Schoah noch nach dem alten Muster der jüdischen Theologie als eine Strafe für die Sünden Israels betrachten wollen. – Auch solche tragische kaum bekannte Stimmen traditioneller Rabbiner führt das Buch vor, die weiterhin neben jenen theologischen „Rebellen“ stehen, die eine traditionelle Rechtfertigung Gottes angesichts seines Schweigens während der Schoah ablehnen. Diesen Traditionalisten gegenüber lehnen es die neuen jüdischen Philosophen und Theologen ab, der Schoah auch nur den leisesten Hauch eines Sinns abzugewinnen, sondern sie fragen nur danach, wie man auf diese Tragödie angemessen reagieren kann und muss.

Nach der Lektüre dieses eindrucksvollen Buches wird man die jüdische Gegenwart neu und besser verstehen. Es ist zu hoffen, dass viele Politiker, Kulturschaffende, Theologen wie auch andere, diese Gelegenheit ergreifen. Und diejenigen, welche die sogenannte „berechtigte“ Kritik an Israel nicht als moderne Form des Antisemitismus begreifen, können durch die Schussfolgerung Eliezer Schweidts eines Besseren belehrt werden. Auch für ihn sind Staatsgründung und Schoah zwei Ereignisse, die das gesamte Judentum nachhaltig veränderten: „Die Schoah markiert eine wesenhafte Veränderung in der Situation des Volkes Israel, eine Veränderung, deren Bedeutsamkeit man nicht mit jener der Tempelzerstörung in eins setzen kann. Nach der Schoah musste das Volk Israel eine neue nationale Selbstbesinnung durchführen, die sich wesentlich von jener über der Tempelzerstörung unterscheidet. Nach der Schoah – man darf hier auch den zweiten, positiven Pol hinzufügen: Nach der Errichtung des Staates Israel – lebt das Volk Israel in einer historischen Wirklichkeit, die durch diese beiden Ereignisse definiert ist, und sie müssen in einer neuen nationalen Selbstbesinnung resultieren.“

Der Autor wird das Buch am 15. Oktober im Zentrum Jüdische Studien der Humboldt Universität vorstellen. Von 18-20 Uhr in der Sophienstraße 20a, Raum 0.01.
www.zentrum-juedische-studien.de

JFDA e.V. stellt neue Studie zum antisemitischen Dihad vor

15.10.2015

Das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus legte diese Woche eine Studie vor, die den internationalen Dihadterrorismus beleuchtet. Titel der Studie: »Terroranschläge in Paris gegen Juden und ›Kreuzfahrer‹. › Der antisemitische Dihad als ›Holy World War‹«. Auf 132 Seiten zeigt der Autor Berndt Georg Thamm, dass sich der gewalttätige Antisemitismus wie ein roter Faden durch das dihadterroristische Geschehen der letzten 25 Jahre zieht.

Sie erinnern sich an die Bilder eines Vorfalles in Toulouse, als 2012 ein algerischer Dihadist in eine jüdische Schule eindrang und einen Rabbiner, seine Söhne und eine weitere Schülerin ermordete? Zwei Jahre später waren es zwei israelische Touristen, die im Jüdischen Museum in Brüssel erschossen wurden. Anfang 2015 verübten drei selbsternannte „Gotteskrieger“ Mordanschläge auf die Redaktion der Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ und anschließend auf einen koscheren Supermarkt in Paris. Wenig später wurde ein Wachmann vor einer Synagoge in Kopenhagen ermordet. Der Europäischen Wertegemeinschaft wurde deutlich, dass der islamistische Terror mittlerweile in Europa angekommen ist.

Anschläge auf jüdische Menschen und Einrichtungen

Deutlich wurde auch, dass der Terror zumeist jüdische und israelische Menschen und Einrichtungen trifft, dass das Töten von Juden zum Selbstverständnis des Dihad gehört. Die jüdischen Opfer sind keine zufälligen »Kollateralschäden« terroristischer Anschläge, sondern gehören zum elementaren Bestandteil des islamistischen Gotteskrieges. Darüber war die Jüdische Gemeinschaft stark beunruhigt.

Auch Levi Salomon vom Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (JFDA) betrachtete die Anschläge auf jüdische Einrichtungen nicht als Zufall. Er setzte sich mit dem Terrorismusexperten Berndt Georg Thamm – ebenfalls JFDA – zusammen und bat ihn, in einer ausführlichen Studie einmal das ganze Ausmaß an Gewalt gegenüber Juden durch Terroranschläge zu erfassen.

Der Autor Berndt Georg Thamm

Für ein solches Thema ist Berndt Georg Thamm genau der richtige Mann. Thamm arbeitet seit mehr als 30 Jahren als Referent, Berater und Fachpublizist für verschiedene Strafverfolgungsbehörden, darunter auch für die Berliner Polizei. Seit Jahrzehnten erstellt er Expertisen zu Organisiertem Verbrechen und „Internationalem Terrorismus“.

Der Autor verfügt nicht nur über ein umfangreiches Detailwissen auf dem Gebiet des Terrorismus, sondern weiß auch, Themen zügig anzugehen. Mit akribischer Genauigkeit arbeitete er in kürzester Zeit eine bisher einzigartige Chronologie sämtlicher terroristischer Vorkommnisse heraus, in denen ein klarer, antisemitischer Hintergrund erkennbar ist, beginnend mit den globalen Mordaufrufen der al-Qaida im Jahr 1998.

Antisemitische Speerspitze

Thamms Leistung geht über das Erstellen eines chronologischen Handbuchs weit hinaus. Er analysierte in der Studie die verschiedenen Erscheinungsformen antisemitischen Terrors und arbeitete den sichtbare Strukturwandel heraus, den al-Qaida über die Jahrzehnte durchlaufen hat, von der al-Qaida Bewegung im Irak zum Islamischen Staat, unterwegs auf dem Weg zum Kalifat. Thamms Quintessenz lautet: „Der gewalttätige Antisemitismus zieht sich wie ein roter Faden durch das dihadterroristische Geschehen der letzten 25 Jahre und hat damit eine ganz klare antisemitische Speerspitze.“

Individueller Dihad und Israelisierung Europas

Der Titel der JFDA-Studie, die nun herausgegeben wurde, lautet denn auch: „Terroranschläge in

Paris gegen Juden und ‚Kreuzfahrer‘ – der antisemitische Djihaad als Holy World War.“ Es ist eine umfangreiche Studie von 132 Seiten, die angesichts der eskalierenden Situation in Israel von hoher Aktualität ist. Berndt Georg Thamm beschreibt es so: „Die selbsternannten Gotteskrieger kämpfen heute nicht mehr ausschließlich in Armeen, sondern folgen zunehmend einem individuellen Djihaad, werden von Einzelpersonen oder Kleinstgruppen verübt.“

In Israel werden momentan täglich Selbstmordattentate auf jüdische Menschen mit Äxten, Brandbomben und Messern ausgeführt. Der Autor prognostiziert: „Das ist leider etwas, worauf wir uns zukünftig auch in Europa einstellen müssen: ich nenne es die Israelisierung Europas. So wie Israel sich in einem permanentem Alarmzustand befindet, ist dies zukünftig auch für Europa vorstellbar.“

Psychologische Kriegsführung

Sorge, dass Deutschland durch den enormen Zulauf an Flüchtlingen Gotteskrieger ins Land holt, halten Thamm und das JFDA allerdings für unbegründet.

„Sicher werden die Flüchtlinge Deutschland verändern“, meint auch Lala Süsskind, die Vorsitzende des Jüdischen Forums. Gleichzeitig wird kein ausgebildeter Gotteskrieger in einem Boot über das Mittelmeer fahren und riskieren, dabei zu ertrinken. Diese Angst zu schüren sei vielmehr Teil der psychologischen Kriegsführung des IS. Allerdings gäbe es unter den Flüchtlingen viele, die sehr anfällig für Antisemitismus seien und westliche Werte nicht teilten. „Sie sind in einer Kultur aufgewachsen, in der Juden Hass völlig normal ist. Wir nehmen sie hier in Deutschland gerne auf, dürfen sie aber nicht allein lassen“, sagte Lala Süsskind.

Ein Problem der Juden?

Die Studie wurde mit der finanziellen Unterstützung vom Zentralrat der Juden gedruckt und kann gegen eine Bereitstellungspauschale von 3,00 Euro über das JFDA bezogen werden. „Wir danken dem Zentralrat für die Unterstützung unserer Arbeit“, sagte Lala Süsskind, die Vorsitzende des JFDA. „Wir bedauern aber gleichzeitig, dass das Problem dadurch bei uns als ein rein jüdisches Problem bleibt.“

Bestellung: JFDA-Studie

Susette Wahren

„Der siebte Palästinenser in nur 24 Stunden erschossen.“

29.10.2015

Ein Freund aus Haifa schickte vor einigen Tagen ein Video der israelischen Streitkräfte an meine Facebook-Chronik. „So etwas Militärisches?“ wunderte ich mich. In deutlichen Lettern war eine Warnung zu lesen: „Explizites Video – Explizite Inhalte können schockieren, kränken und verärgern.“ Die Warnung schloss mit der konkreten Frage: „Bist du sicher, dass du das sehen möchtest?“ Logisch, wollte ich. Was soll sein?

Das Video zeigte eine Bushaltestelle in der schlechten Auflösung einer Überwachungskamera. Ein älterer Jude mit Schtreimel und Kaftan wirft Münzen in einen Fahrkartenautomaten.

„Das ist wohl Jerusalem“, denke ich eben, da rast ein Auto mit hoher Geschwindigkeit durch eine Gruppe von Fußgängern auf die Bushaltestelle zu und prallt in voller Fahrt gegen den Automaten. Die Fußgänger wirbeln wie Puppen durch die Luft und landen auf dem Bürgersteig. Andere Menschen springen zur Seite, laufen davon. Der Jude am Automaten geht verletzt zu Boden, kann sich jedoch wieder aufrappeln und schleppt sich ein paar Schritte aus der Gefahrenzone.

Nun steigt der Fahrer aus dem Wagen. Er scheint unverletzt. Es ist zu erkennen, dass er zuerst auf einen der angefahrenen Fußgänger einschlägt. „Wie bitte, was geht denn da ab?“

Nun geht der Fahrer dem sich davonschleppenden, alten Juden nach, prügelt ihn mit einem Gegenstand zu Boden. Immer wieder schlägt er auf den am Boden liegenden Mann ein. Erst jetzt ist

zu erkennen, dass es eine Axt ist, mit der der Fahrer zuschlägt. Während er mehrmals mit voller Wucht auf den Kopf des Juden einhackt, läuft ein Mann mit im Anschlag gehaltener Schusswaffe ins Bild. Der Autofahrer mit der Axt kann noch ein paar Schritte laufen, bevor er zu Boden geht. Offenbar erschossen. Damit endet die Aufnahme der Überwachungskamera und hinterlässt mich sprachlos.

Das Video setzt noch einige farbige Fotoaufnahmen nach. Auf denen liegt ein toter Mann in seinem Blut. Von seinem Gesicht ist nur ein rotes, wundes Loch geblieben. Es wurde abgehackt. Und ja, es war eine Bushaltestelle in Jerusalem, gibt eine letzte Textzeile meinen Überlegungen Recht. Daneben die nüchterne Bilanz des Israelischen Militärs: „Zwei Tote, sieben Verletzte.“ Das Ganze passierte am 13. Oktober 2015 um 10.25 Uhr, Mitten in Jerusalem. Es sind entsetzliche Szenen, die das grauenhafte Ausmaß von Gewalt im Nahen Osten zeigen.

In den Tagen danach titelten in Deutschland die Zeitschriften: „Israelis erschießen Palästinenser.“ Unter einem Artikel des britischen Independent finde ich einen Kommentar des Freundes aus Haifa, der mir das Video der Israelischen Streitkräfte schickte. Er schreibt: „Und warum steht da nicht, dass diese Palästinenser erschossen wurden, weil sie mit Messern und Äxten auf Israelis losgingen?“

Ich schaue mir den Independent-Artikel näher an. Die Überschrift lautet in deutscher Übersetzung: „Der siebte Palästinenser in nur 24 Stunden erschossen.“

Wer kann es zu solchen Überschriften kommen? Jüdische Menschen werden durch solche Artikel doppelt ermordet! Erst real und dann ein zweites Mal, durch unsauber arbeitende Redakteure mit dem Stift.

Genau das ist Antisemitismus.

Susette Wahren

Xavier Naidoo als neuer Eurovision Contest Star?

20.11.2015

Nachdem die ARD den deutschen Popstar Xavier Naidoo zum Vertreter des Eurovision Song Contest 2016 ernannt hat, hagelt es Kritik. Hintergrund: Zum ersten Mal konnten nicht mehr die Zuschauer/innen mitentscheiden, wer für Deutschland antritt, und Xavier Naidoo ist alles andere als unumstritten. Schließlich ist er nicht nur für seine Musik bekannt, sondern auch für fragwürdige politische Äußerungen.

Bereits 2011 hatte er im ARD-Morgenmagazin behauptet: „Wir sind nicht frei. Wir sind immer noch ein besetztes Land.“ Damit rückt er in die Nähe der selbsternannten „Reichsbürger“, die die Bundesrepublik nicht als souveränen Staat anerkennen. Stattdessen gehen sie davon aus, dass Deutschland noch immer als Reich fortbesteht, von den Alliierten allerdings seit 1945 besetzt wird. Und so verwundert es denn auch wenig, dass Naidoo am 3. Oktober 2014 auf einer Kundgebung der sogenannten „Reichsbürger“ sprach und erneut verschwörungsideologische Gedanken verbreitete.

Zusammen mit rund 300 Teilnehmer/innen demonstrierte er am „Tag der deutschen Einheit“ zwischen dem Bundestag und Kanzleramt – und zwar für die „Freiheit für Deutschland“. Zumindest besagte dies ein Schriftzug seines T-Shirts, das Naidoo an diesem Tag trug. Initiatoren der Veranstaltung vor dem Bundestag waren unter anderem Rüdiger Klasen, der ehemalige NPD-Chef von Hagenow, und Thomas Mann von der Vereinigung „Freistaat Preußen“, die ein freies Preußen aufbauen will. Klasen verbüßte in den 1990er Jahren eine mehrjährige Haftstrafe wegen Mittäterschaft bei einem Brandanschlag auf ein Flüchtlingswohnheim.

Naidoo ließ in seiner kurzen Rede auf der Kundgebung verschwörungsideologische Inhalte im Zusammenhang mit den Terroranschlägen am 11.9.2001 verlauten. „Wer das als Wahrheit hingenommen hat, was darüber erzählt wurde, der hat einen Schleier vor den Augen – ganz einfach“, behauptete Naidoo vor den Kundgebungsteilnehmer/innen.

Naidoo blieb dann gleich für eine weitere Kundgebung vor Ort. Diese wurde von Teilen der sogenannten Montagsmahnwache organisiert. Naidoo äußerte bereits in der Vergangenheit wohlwollende Worte gegenüber den Montagsmahnwachen, dabei sind diese unter anderem durch Weltverschwörungsglauben und Antisemitismus aufgefallen. Die Aktivitäten um die Montagsmahnwachen lobte Naidoo in seiner Rede ausdrücklich: „Ich hab den größten Respekt vor eurer Arbeit.“ Währenddessen hielten einige Teilnehmer/innen Transparente hoch, auf denen zu lesen war: „Erhebt euch gegen die Plutokratie der Zionisten“, „Antisemitismus und Rassismus [ist] Plutokratie & zionist(IS)isch“ sowie „Wahrheit macht frei“.

An beiden Kundgebungen nahmen neben Xavier Naidoo auch Autonome Nationalisten aus Berlin Hellersdorf und Oranienburg sowie der Berliner NPD-Chef Sebastian Schmidtke teil. Schmidtke demonstrierte auf Facebook seine Solidarität „mit Palästina und dessen unterdrücktem Volk“, und forderte „Schluss mit dem Zionismus“. Damit befand sich der Popsänger in ausgesprochen fragwürdiger Gesellschaft.

Bereits nach seinem Besuch der beiden Kundgebungen empörte sich die Presse darüber. Durch seine Wahl als deutscher Vertreter für den Eurovision Song Contest wird dieser Fall wieder präsent. Auf openPetition wurde nun eine Petition gestartet – unter dem Titel „Gegen die Teilnahme von Xavier Naidoo am Eurovision Song Contest 2016“. Bisher haben bereits fast 10.000 Menschen unterzeichnet. (Stand: 20.11.2015)

Ein kurzes Video dokumentiert Xavier Naidoos Auftritt vom 3.10.2014

– Aktualisierung 22.11.2015 –

Inzwischen hat die ARD ihre Ernennung zurückgezogen. Grund sei der innerhalb von wenigen Stunden losgebrochene Protest vonseiten der Eurovision Song Contest-Fangemeinde. Xavier Naidoo wird demnach nicht als Vertreter Deutschlands nach Stockholm fahren.

5 Punkte für eine erfolgreiche Integration der syrischen Geflüchteten

04.12.2015

Eine der gegenwärtig größten Herausforderungen für Europa ist die sogenannte Flüchtlingskrise. Eine Vielzahl an Menschen flieht nach Europa und sucht Schutz vor Verfolgung, Krieg oder Armut. Im vergangenen Jahr sind nahezu so viele Menschen in die Bundesrepublik geflüchtet wie letztmals Anfang der 1990er Jahre. Diejenigen, die in Deutschland überhaupt eine Chance auf Aufnahme haben und nicht als „Wirtschaftsflüchtlinge“ abgeschoben werden – wie dies für Menschen aus Albanien und dem Kosovo gilt – kommen vor allem aus Syrien.

Die syrische Bevölkerung flieht vor Krieg, Terror und islamistischer Herrschaft. Mit den Anschlägen in Paris im November 2015 erfuhr Europa den Terror jüngst selbst – zumindest in Ansätzen. Angesichts der dramatischen Situation, wie sie besonders in Syrien vorherrscht, ist eine Aufnahme der Geflüchteten eine humanitäre Pflicht, die in Deutschland sogar gesetzlich verankert ist. Sie wird nicht nur aufgrund der völkerrechtlichen Verpflichtung aus der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 gewährt, sondern hat als Grundrecht Verfassungsrang.

Die aktuelle Situation bringt sicherlich Schwierigkeiten mit sich. Einerseits kommt es wiederholt zu rechtspopulistischen Kundgebungen und sogar zu rassistischen Übergriffen vonseiten der deutschen Bevölkerung, denen konsequent begegnet werden muss. Andererseits stellt die Flüchtlingsaufnahme tatsächlich eine politische und gesellschaftliche Herausforderung dar. Sobald der Staat eine angemessene Grundversorgung und Unterbringung gewährleistet, anstatt sich zu sehr auf ehrenamtliches Engagement zu verlassen, heißt es, die möglichen weitreichenden Folgen ins Auge zu fassen. Diese müssen insbesondere für die Integrationsbemühungen berücksichtigt werden.

Ankunft von Geflüchteten in Berlin am 18. Oktober 2015

1. Das Gewaltmonopol liegt im Staat

Seit dem Staatsstreich 1963 bestimmt die linksnationalistische Baath-Partei die syrische Politik und Oppositionsparteien werden nicht zugelassen. Die Bevölkerung ist also nicht in einer demokratischen Gesellschaft groß geworden. Stattdessen herrschte Autokratie und parallel dazu lebten Stammeskulturen fort. Entscheidungskraft hatte aber auch die Religion und es kam wiederholt zu gewaltvollen Auseinandersetzungen zwischen sunnitischen, alawitischen, schiitischen und christlichen Gruppierungen. Den geflüchteten Syrern/innen sollte ermöglicht werden, Teil der demokratischen Gesellschaft in Deutschland zu werden. Dazu gehört unter anderem, die Staatsgewalt anzuerkennen und dabei besonders die rechtlichen Grundlagen kennen- und schätzen zu lernen. Religion sollte in der Politik keinen Platz haben.

2. Rechte von Frauen und Homosexuellen müssen gewahrt werden

Bereits vor Beginn des syrischen Bürgerkriegs wurden Frauen sowohl aufgrund der Gesetzgebung als auch im Alltag diskriminiert. Frauen erfuhren geschlechtsspezifische Gewalt bis hin zu Morden, die unter anderem aus Gründen der „Familienehre“ begangen wurden. Bis 2011 blieben Männer, die eine Frau vergewaltigt hatten, unbestraft, wenn sie ihr Opfer heirateten. Die Situation von Schwulen und Lesben im Nahen Osten ist ähnlich schlecht. Ihre Rechte werden nicht nur nicht geschützt, sondern sie werden ihnen verwehrt. Während unter der IS-Herrschaft in jüngster Zeit wiederholt Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung hingerichtet wurden und werden, erging es Lesben, Schwulen etc. (LGBT) zuvor zwar besser, aber tatsächlich anerkannt waren sie nicht. Insbesondere gesellschaftlich waren und sind sie verachtet. In Deutschland sind Frauen rechtlich gleichgestellt und Homosexualität ist legal. Zwar werden Frauen in bestimmten Bereichen noch immer benachteiligt, etwa in beruflicher Hinsicht, und Homosexualität wird nicht unbedingt als Normalität betrachtet – die Verhältnisse in Deutschland sind aber keineswegs mit der gegenwärtigen Situation im Nahen Osten vergleichbar. Es ist notwendig, die hier bereits errungene Gleichstellung zu bewahren und weiter zu stärken. Dazu gehört auch, diese den neu Angekommenen nahezulegen.

Demonstration „Ehe für alle“ in Berlin am 17. Oktober 2015

3. Antisemitismus darf in Deutschland keinen Platz haben

„Wie viel Antisemitismus importieren wir eigentlich gerade?“, fragte die österreichische Zeitung Die Presse angesichts der Einwanderung nach Europa – offenbar nicht völlig unberechtigt. Einer Umfrage der Anti-Defamation League zufolge glaubt die Mehrheit der Bevölkerung im Nahen Osten, dass die Juden zu viel Macht hätten, dass sie für die meisten Kriege in der Welt verantwortlich und am Antisemitismus selbst schuld seien. Diese Behauptungen kennt man auch aus Deutschland. Im Unterschied hierzu wird der Antisemitismus in arabischen Ländern jedoch offener ausgelebt und von staatlicher Seite propagiert. Schulbücher, Zeitungen, Fernsehen und Internet dienen dabei als Medium. Wie leicht ein solch rabiater Antisemitismus auch in der deutschen Gesellschaft abrufbar ist, zeigte sich bereits im Sommer 2014, als auf den Straßen Sprechchöre wie „Juden ins Gas“ oder „Kindermörder Israel“ erklangen. Hier muss deutlich entgegengehalten werden: Antisemitismus darf keinen Platz haben – egal, ob er von deutscher Seite oder vonseiten der Geflüchteten geäußert wird.

4. Das Existenzrecht Israels ist nicht verhandelbar

In einem Gastbeitrag der SZ betont der Historiker Michael Brenner, dass die meisten Geflüchteten aus Ländern kommen, in denen Israel als Satan unter den Nationen gilt und deren Eliten oft Juden als solche verteufeln. In Syrien dient Israel seit Jahrzehnten als Feindbild, das von vielen geteilt

wird. In Deutschland gilt dagegen die Sicherheit Israels als Staatsräson – zumindest vonseiten der Regierung. Unverhältnismäßige Kritik bis hin zur Dämonisierung des jüdischen Staats ist auch in Deutschland zu beobachten. Es ist nun also mehr denn je erforderlich, der Israelfeindschaft in Deutschland deutlich und mit allen Mitteln entgegenzutreten.

Ankunft von Geflüchteten in Berlin am 18. Oktober 2015

5. Weiterbildungen für Pädagog/innen sind notwendig

Stärker als zuvor heißt es jetzt, diese demokratischen Grundsätze zu verteidigen – angefangen beim deutschen Bildungssystem. Aber ist dieses auf die spezifischen Erfahrungshintergründe der Geflüchteten eingestellt? Bereits für die letzten Jahre konnte festgestellt werden, dass die deutschen Schulen in keiner Weise auf den Umgang mit antisemitisch indoktrinierten Kindern vorbereitet sind. Eine Indoktrination muss aber zumindest für einige Kinder der Geflüchteten angenommen werden. Hier muss angesetzt werden – und zwar durch Weiterbildungen und Seminare für Pädagog/innen sowie den Einsatz speziell ausgebildeter Multiplikator/innen. Dabei müssen Pädagog/innen, die an den Integrationsmaßnahmen beteiligt sind, unter anderem auf eventuell auftretenden Antisemitismus und ausgeprägter Israelfeindschaft vorbereitet werden, um adäquat darauf reagieren können. Nichtregierungsorganisationen, die seit Jahren Erfahrungen in dem Bereich gesammelt haben, können dabei unterstützend tätig sein.

Ausblick

Die deutsche Gesellschaft und dabei besonders das Bildungssystem stehen vor einer großen Herausforderung. Diese muss sie aber meistern und kann es auch, wenn sie sich auf die neuen Umstände einstellt. Schließlich bedeutet erfolgreiche Integration nicht nur, den Geflüchteten ein Dach über dem Kopf zu bieten, sie finanziell zu unterstützen und ihnen Aussicht auf Arbeit zu geben, sondern auch, die Werte einer bürgerlich-liberalen Gesellschaft zu vermitteln. Gelingt dies nicht, drohen verheerende Folgen. Dem Zuzug der Geflüchteten könnte in diesem Fall tatsächlich perspektivisch die Abwanderung der jüdischen Staatsbürger/innen gegenüberstehen – ähnlich wie es in Malmö, Brüssel oder Paris zu beobachten war bzw. ist. Das bedeutet nicht nur den Verlust der jüdischen Gemeinden und Kultur, sondern auch, dass der demokratische Staat als solcher versagt hat.

Es ist die Aufgabe der deutschen Gesellschaft, dies zu verhindern, ohne die Aufnahme von Geflüchteten grundsätzlich infrage zu stellen. Fakt ist: Die Geflüchteten sind da, sie fliehen selbst vor dem islamistischen Terror – demselben Terror, den einige Deutsche durch ebendiese Geflüchteten befürchten. Das bedeutet, dass sie mit der Bundesrepublik dieselbe Feindschaft teilen: nämlich die gegenüber den Islamist/innen des IS. Die Aufnahme von Syrerinnen und Syrern nach Deutschland sollte nicht nur aus diesem Grund weniger als Bedrohung, sondern vielmehr als Chance begriffen werden.

Polizei nimmt „Reichsbürger“-Aktivist nach Gewaltaufruf fest

07.12.2015

Am vergangenen Samstag (5. 12.2015) nahm die Polizei den Aktivist der Bärigida-Bewegung und „Reichsbürger“ Christoph K. vor dem Berliner Reichstagsgebäude vorübergehend fest. Im Vorfeld einer von ihm angemeldeten, aber nicht genehmigten Kundgebung vor dem Kanzleramt bedrohte er die Bundeskanzlerin auf seiner Facebookseite und rief zu Gewalt auf.

Wochenlang mobilisierte Christoph K. seine Anhänger/innen aus der sogenannten Reichsbürgerszene zu einer Kundgebung vorm Kanzleramt, um die Absetzung der Bundeskanzlerin zu fordern. In seinem Facebook-Aufruf verlangte K. „Waffengleichheit“ mit der Polizei. „Die

Polizei ist doch schließlich auch bewaffnet“, verteidigte er seinen indirekten Aufruf zur „bewaffneten Gegenwehr“ und bezeichnete den deutschen Staat dabei als “Terrorregime”.

Kurz vor der angesetzten, von der Berliner Versammlungsbehörde jedoch verbotenen Kundgebung, veröffentlichte K. ein Porträt von Angela Merkel auf der Mobilisierungsseite. Auf diesem Bild ist die Stirn der Kanzlerin mit dem Fadenkreuz und dem Leuchtpunkt eines Laservisiers markiert. Zu diesem Bild schrieb K.: „Bitte überprüft sorgfältig Eure Sprengstoffguertel. Reinigt Eure Waffen und sorgt bitte für ausreichend Munition.“ Weiter heißt es: „Überprüft auch die Panzerfauste, damit uns da morgen nix schief laeuft.“ K. ist bereits in der Vergangenheit mehrfach durch neonazistische Propaganda und mindestens eine Gewalttat aufgefallen.

Derartige Gewaltphantasien sind bei den Bärigida-Aufmärschen, dem Berliner PEGIDA-Ableger, immer wieder zu vernehmen, an denen Christoph K. maßgeblich beteiligt ist. Hasserfüllte Parolen – wie „Hängt die Merkel ans Brandenburger Tor“ – gehören dort inzwischen zum Standardrepertoire.

Ein weiterer Facebook-Kommentar im Vorfeld der geplanten Kundgebung deutet darauf hin, dass Christoph K. die Verbrechen der Herrschaft des Nationalsozialismus leugnet bzw. zumindest verharmlost. Mit vermeintlich detektivischer Spitzfindigkeit fragt er: „Und warum fand man in Eurer sog. GASKAMMER keine Rückstände von Zyklon B? Weder im Boden, noch in den Wänden, noch in der Decke. Es wurden nämlich Proben genommen. Wen luegt ihr an?“. Solche Äußerungen sind schockierend, sie von K. 's Seite zu hören aber wenig überraschend, hatte sich dieser doch früher schon mit Holocaustleugnern solidarisiert.

Nach dem Verbot fand die geplante „Reichsbürger“-Kundgebung zur Absetzung der Kanzlerin am Samstag faktisch nicht statt. Potentiellen Teilnehmer/innen, die vor Ort waren, sprach die Polizei einen Platzverweis aus. Ein Dutzend Aktivisten, darunter Christoph K., versammelten sich schließlich auf der Wiese vor dem Reichstagsgebäude. Nach einer knappen halben Stunde beendete die Polizei auch dieses „Herumstehen“ mit der Ingewahrsamnahme des Anführers. Den anderen „Reichsbürgern“ erteilte sie erneut Platzverweise.

Christoph K., der laut BILD bis vor kurzem in der Justizvollzugsanstalt Heidering gesessen haben soll, wurde nach längerer Vernehmung wieder auf freien Fuß gesetzt.

Das Jüdische Forum begrüßt ein NPD-Verbot

08.12.2015

Nach langer Prüfung des Verbotsantrags, den der Bundesrat bereits im Dezember 2013 vorgebracht hatte, wurde am Montag (7.12.2015) das Verbotsverfahren gegen die rechtsradikale NPD vom Verfassungsgericht in Karlsruhe eröffnet. Anfang März 2016 wird mündlich verhandelt. Schon jetzt bescheinigen die Verfassungsrichter dem Antrag ausreichende Erfolgsaussichten.

Das Jüdische Forum begrüßt das Vorhaben. Das Verbot ist eine überfällige Entscheidung. Nachdem 2003 das erste Verbotsverfahren gescheitert ist, bleibt zu hoffen, dass die rechtsextreme Partei tatsächlich verboten wird und damit den legalen Boden verliert, ihre menschenfeindliche Stimmungsmache zu verbreiten.

Bärigida-Kundgebung: Visionen von Diktatur und Hinrichtung?

09.12.2015

Bei der letzten Bärigida-Kundgebung machten sowohl Bärigida-Chef Karl Schmitt als auch Gastredner Merkle deutlich, wo sie gesellschaftspolitisch stehen. Während der eine vom Aufhängen nach Recht und Ordnung sprach, forderte der andere die Errichtung einer Diktatur.

Die 49. Auflage der Bärigida-Kundgebung am vergangenen Montag vor dem Berliner Hauptbahnhof

begann mit einer Distanzierung. Bärigida-Chef Karl Schmitt wies die Behauptung des JFDA zurück, dass Christoph K. zu seiner Bewegung gehöre. Der Aktivist K. wurde wenige Tage zuvor von der Polizei in Gewahrsam genommen, nachdem er trotz Kundgebungsverbot auf dem von ihm angedachten Versammlungsort erschien. Er ist bereits mehrfach durch rechte Propaganda und Gewaltphantasien aufgefallen und hatte zuletzt Angela Merkel auf seiner Facebookseite bedroht.

Dass der Bärigida-Chef Christoph K. nicht kenne und mit Bärigida nicht in Verbindung zu bringen sei, ist schnell widerlegt. Auf einem Video vom JFDA ist K. beim Bärigida-Aufmarsch am 9. November 2015 am Leittransparent zu sehen. Zum Abschluss dieser Demonstration durfte K. über das Bärigida-Megaphon "Deutschland, Deutschland, über alles" singen. Schmitt, der wenige Meter entfernt stand, stimmte ein.

Auch die bei Bärigida skandiierte Parole "Hängt die Merkel ans Brandenburger Tor" mochte Schmitt – trotz vorheriger Veröffentlichung durch das JFDA – nie vernommen haben. Jedenfalls stritt er dies ab und fügte hinzu: "Und wenn da mal irgendwelche Leute aufgehängt werden, dann bestimmt nicht von Anarchisten. Wenn, dann wird das ganze nach Recht und Ordnung gehen."

"Schwerer als unter Hitler, Honecker..."

Hauptredner beim Auftakt der Bärigida-Demonstration mit 80 Teilnehmer/innen war Karl-Michael Merkle, alias Michael Mannheimer, innerhalb der Szene "islamkritischer Blogger" und außerhalb als "bekannter Neonazi" (Stuttgarter Zeitung) bekannt.

Merkle begann seine knapp 50-minütige Ansprache mit einer Verharmlosung des Nationalsozialismus. Wörtlich sagte er: "Liebe Freunde, wir leben in der schwersten Zeit der deutschen Geschichte. Schwerer als unter Hitler, Honecker." Sodann relativierte er in einem Vergleich den Holocaust. Der moderne Nazi sei nicht braun, sondern bunt, rief er seinen Anhänger/innen zu. "Und sein Holocaust ist der Mord am eigenen Volk".

Im weiteren Verlauf seiner Rede bezeichnete er die Bundeskanzlerin Angela Merkel als die "schlimmste Politikerin in der gesamten Geschichte Deutschlands". Kurz zuvor attestierte er Adolf Hitler, dass dieser nicht den Tod der Deutschen wollte. "Aber Merkel will unseren Tod", bilanzierte Karl-Michael Merkle.

Muslime als "Sekundärinfektion"

Selbstverständlich durfte bei Merkles Rede auch eine Prise Rassismus und Hass auf Linke nicht fehlen. Muslimische Migrant/innen werden da plötzlich zu einem Krankheitserreger, allerdings nicht zum schlimmsten: "Der Feind sind nicht die Moslems. Die sind die Sekundärinfektion. Die wurden hier eingeladen vom Hauptfeind. Der Hauptfeind ist der Sozialismus."

Als Merkle zum Schluss kam, schlug er nochmal kräftig auf die Trommel der Verfassungsfeindlichkeit. Er forderte die Absetzung des Bundespräsidenten und der Bundeskanzlerin, die Auflösung sämtlicher Länderparlamente und des Bundestags. Stattdessen solle eine Volksdiktatur aufgebaut werden. Die "Verbrecher" würden dann "in einem Nürnberg-2.0-Prozess vorgeführt und abgeurteilt werden". Ihnen würde man lebenslang sämtliche Persönlichkeitsrechte entziehen.

Video: https://www.youtube.com/watch?v=_CmjeKgFwIw

„Intifada 3“ in Berlin – Beifall und Gegenprotest

13.12.2015

Während im Nahen Osten jüdische Israelis attackiert und durch Messerangriffe ermordet werden, finden in Deutschland Solidaritätsbekundungen für ebenjene "Intifada 3" genannten Mordanschläge statt. Für den 19. Dezember 2015 kündigt die palästinensische Community in Berlin eine weitere Solidaritäts-Kundgebung an. Jüdische und israelsolidarische Gruppierungen rufen nun zu einer Gegenkundgebung auf, um diesem Bejubeln eines mörderischen Antisemitismus etwas

entgegenzusetzen.

(Foto: Flashmob von Free Palästina Berlin am 16.8.2014 vor dem Berliner Hauptbahnhof)

Im Schatten des Krieges gegen den IS (Islamischer Staat) eskaliert seit Oktober dieses Jahres die Lage in Israel und im Westjordanland. Scheinbar spontan werden Jüdinnen und Juden mit Steinen angegriffen oder durch Messerattacken verletzt und ermordet. Gelegentlich nutzen die zumeist jugendlichen Angreifer das eigene Auto als Waffe gegen ihre Opfer. Als Konsequenz gehen israelische Sicherheitskräfte mit verstärkter Härte gegen die palästinensischen Angreifer vor.

Die Messerangriffe werden in Deutschland seit Mitte Oktober auf verschiedenen Veranstaltungen von der palästinensischen Community als "Intifada 3" geradezu gefeiert. Dabei betrauern die Organisator/innen und Kundgebungsteilnehmer/innen die palästinensischen Opfer und bezichtigen im gleichen Atemzug Israel des Kindermordes.

Intifada 3 im Web 2.0

Besonders aktiv in der Mobilisierung zu den bisherigen Kundgebungen tat sich die "Palästinensische Gemeinde Deutschland e.V." (PGD) hervor, deren Facebookseite kürzlich in "Gemeinde Deutschland Falastin" (GDF) umbenannt wurde. Vorsitzender der PGD, Raif Hussein, kündigte in einem "DemoPlaner"-Post an, dass "die Homepage der Palästinensischen Gemeinde Deutschland" (...) "beziehungsweise die Facebook Seite" (...) "eine offizielle dritte Intifada Seite" sei.

Hussein, ein gebildeter Mann aus Nazareth, der zurzeit an seiner Dissertation zum "politischen Islam im Nahen Osten am Beispiel der Hamas" arbeitet, steht neben dem PGD auch dem Verein "Deutsch-Palästinensische Gesellschaft in Deutschland e.V." (DPG) vor – ein Verein, der sich für die "Einhaltung der Menschenrechte und die volle Anwendung des Völkerrechts" einsetzt. Ein Verein, der politische Lobbyarbeit betreibt, Konferenzen in Zusammenarbeit mit politischen Stiftungen und anderen Vereinen organisiert. In der ersten Jahreshälfte 2015 veranstaltete die DPG eine Tagung mit dem Titel "Verantwortlich: Israel, Palästina und die deutsche Staatsräson". Als Referentin lud man die 39-jährige Micong Klimes ein, Länderreferentin für Israel im Berliner Auswärtigen Amt. Gefördert wurde diese dreitägige Konferenz von der Bundeszentrale für politische Bildung.

Raif Husseins Hetze gegen Israel

Wenn Raif Hussein vor seinen Anhänger/innen spricht, sind seine Worte im Gegensatz zu denen auf der Website der DPG äußerst radikal. So behauptete er bei einer Demonstration zur Unterstützung des palästinensischen Widerstands am 9. August 2014 in Berlin: "Israel führt einen Vernichtungskrieg gegen das palästinensische Volk. (...) Israel hat mit [in] einer freien Welt nichts zu suchen. (...) Die Europäer und in erster Linie Deutschland muss sich entscheiden. Gehört es zu der freien Welt? Meinetwegen. Dann muss es auch diese freie Welt gegen einen Eindringling, der faschistisch ist wie Israel, verteidigen und erklären, dass er nicht zu dieser Weltgemeinschaft, zu dieser demokratischen Weltgemeinschaft gehört (...)."

Seine Rede in Berlin beendete Hussein mit den Worten: "Der palästinensische Widerstand in jeder Hinsicht und in jeder Form ist gerecht." Gut 14 Monate später sagte Raif Hussein dem Berliner Tagesspiegel am Rande einer der Kundgebungen zur Unterstützung der sogenannten Dritten Intifada: "Der Stein gehört zu Palästina als Symbol, wie die Eiche [zu] Deutschland."

Die Bildsprache der "Intifada 3"

Das Internetplakat zu diesem Protest der palästinensische Community vor dem Kanzleramt trägt die Bildsignatur von Yousef Taha, Vorstandsmitglied und zuständig für Öffentlichkeitsarbeit bei der "Palästinensischen Gemeinde Deutschland". "Er postet alles auf die Homepage der dritten Intifada", schrieb Raif Hussein im "DemoPlaner" auf der Facebookseite der GDF. Das Plakat zeigt einen maskierten Palästinenser, auf dessen T-Shirt "Intifada 3" zu lesen ist. Neben dem Mann, der einen Stein wirft, ist die Aufschrift "Stoppt den israelischen Staatsterror" abgedruckt. Nicht nur für dieses Plakat ist offenbar Yousef Taha verantwortlich. Auch für den Post des Users "Vedat S.", der

auf der Facebookseite der PGD ein Hakenkreuz veröffentlichte, das mit dem Davidstern einer Israelflagge verschmolzen wurde, ist Taha vermutlich haftbar zu machen. Schließlich ist er es, auf den die Website der PGD angemeldet wurde und die automatisch auf die Facebookseite der PGD – jetzt GDF – weiterleitet.

Angesicht einer solchen NS-verherrlichenden Darstellung, die partout nicht gelöscht wird, sind Einträge mit verschwörungsideologischen und antisemitischen Inhalten gemäß der vom Bundestag empfohlenen Antisemitismusdefinition fast nicht mehr der Rede wert. Dennoch hier zwei Beispiele:

Am 13. September 2015 postete die PGD auf ihrer Facebookseite ein Bild, auf dem in zwei gegenübergestellten Karikaturen NS-Deutschland mit der Situation in Israel/Palästina gleichgesetzt wird. Überschriften sind es mit "Opfer wird zum Täter". Kommentiert wurde dieser Post unter anderem von "Joy Kern" mit den Worten: "Sie waren immer Täter – siehe ihre Vorfahren: Adolf Hitler. Man kann es noch so leugnen ...". Und persönlich geteilt wurde der Beitrag von Yousef Taha.

Verherrlichung von Terror

Am 21. Juni 2015 stand in einer Veröffentlichung der PGD die Verherrlichung palästinensischen Terrors auf dem Programm. In einem an diesem Tag getwitterten Bild ist ein blutbeschmiertes Messer zu sehen, dessen Klinge die Landkarte Israel und Palästina umreißt. Über der Messerklinge ragt ein Portrait von Yaser Yaseen aus Hebron. Hintergrund: Yaseen stach am Morgen des 21. Juni 2015 am Jerusalemer Damaskustor einem Grenzpolizisten von hinten in den Hals. Dieser konnte noch seine Waffe ziehen und den Attentäter niederschließen. Sowohl der Beamte als auch Yaser Yaseen kamen mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus. Das Bild, das die Signatur Yousef Tahas trägt, ist betitelt mit "Martyr Yaser Yaseen – Resistance is not Terrorism" (Märtyrer Yaser Yaseen – Widerstand ist kein Terrorismus).

Antiisraelische Kundgebung geplant

Aktuell ist Yousef Taha neben Serap Ecke Gastgeber einer als "Flashmob" betitelten Kundgebung am kommenden Samstag auf dem Berliner Potsdamer Platz. Die Planungen der Gastgeber sehen für diesen Tag vor, sich vorab an einem Sammelpunkt mit Kunstblut einzuschmieren, um einen Schockmoment beim Erscheinen der Aktivist/innen auf dem Potsdamer Platz zu erzeugen.

Auf der mobilisierenden Facebookseite wirbt User "Gordon G." (vermutlich ein Fake-Account) in einem Post mit einem Plakat der "Antiimperialistischen Plattform Deutschland" (AIP). Die AIP ist ein rechtes Querfrontprojekt unter Führung von Michael Koth, vormals Berliner Bezirksleiter des neonazistischen "Kampfbund Deutscher Sozialisten" (KDS). Entsprechend der Ausrichtung gestalten sich die weiterempfohlenen Websites auf der Homepage der AIP. Dort werden zumeist andere Querfrontseiten, aber auch Naziseiten wie die zu den "Freien Kräften Neuruppin/Osthavelland", verlinkt.

Für Serap Ecke, eine der beiden Veranstalter/innen des Flashmobs, fällt ein solcher Post offenbar nicht unter die Kategorie "kritische Stimmen", vor die sie von der Polizei gewarnt wurde. Schließlich wolle man auf so etwas nicht eingehen und alles löschen, schrieb Ecke in einem Facebook-Eintrag. Statt diesen rechten Beitrag zu löschen, "gefällt" er ihr sogar.

Gegen die Kundgebung, an der sich auch andere Vereine und Organisationen der palästinensischen Community beteiligen, mobilisieren jüdische und israelsolidarische Gruppierungen. Im Aufruf zu diesem Gegenprotest am 19. Dezember um 14.30 Uhr am Potsdamer Platz heißt es, man wolle das Bejubeln eines mörderischen Antisemitismus nicht widerspruchslos hinnehmen.